



DER LANDTAG  NORDRHEIN-WESTFALEN

Die Landtagswahl 2022 in Nordrhein-Westfalen

und ein Rückblick auf die Wahlperiode 2017–2022



Adresse

Landtag Nordrhein-Westfalen
Platz des Landtags 1
40221 Düsseldorf

Postanschrift

Postfach 10 11 43
40002 Düsseldorf

Telefon (0211) 884-0

Internet: www.landtag.nrw.de

Druckerei: Druckerei des
Landtags

Impressum

Herausgeber:
Der Präsident des Landtags
Nordrhein-Westfalen, André Kuper

Redaktion:
Öffentlichkeitsarbeit des
Landtags Nordrhein-Westfalen

Fotos:
Bernd Schälte
(sofern nicht anders vermerkt)

Layout:
de Haar Grafikdesign, Köln

Copyright:
Landtag NRW 2023

DER LANDTAG  NORDRHEIN-WESTFALEN

Die Landtagswahl 2022 in Nordrhein-Westfalen

und ein Rückblick auf die Wahlperiode 2017–2022



Liebe Leserin,
lieber Leser,

am 15. Mai 2022 hat Nordrhein-Westfalen einen neuen Landtag gewählt. Ihm gehören 195 Abgeordnete an. Fünf Fraktionen sind vertreten: CDU, SPD, Grüne, FDP und AfD.

In dieser Publikation stellen wir das Parlament der 18. Wahlperiode vor. Wir berichten u. a. über den Wahlabend im Landtag, über Ergebnisse und Sitzverteilung, die konstituierende Sitzung und die erste Regierungserklärung des Ministerpräsidenten sowie die anschließende Debatte dazu.

Wir beginnen aber mit dem aus Vorjahren gewohnten Rückblick auf die vergangene Wahlperiode (17. WP/2017-2022). Sie hat uns alle vor bislang nicht gekannte Herausforderungen gestellt. Ausführliche Beiträge sind deshalb der Corona-Pandemie, der Hochwasserkatastrophe im Juli 2021 sowie dem russischen Angriffskrieg in der Ukraine und den Folgen für Nordrhein-Westfalen gewidmet.

Die Pandemie hatte die Arbeit des Landtags verändert. Die parlamentarische Demokratie hat sich jedoch auch in Krisenzeiten bewährt,

der Landtag blieb zu jedem Zeitpunkt arbeitsfähig. Nicht unerwähnt bleiben sollen auch die Umsicht und Besonnenheit der allermeisten Menschen im Umgang mit dem Virus.

Weitere Themen des Rückblicks sind die Fälle jahrelangen sexuellen Missbrauchs auf einem Campingplatz in Lügde und die Konsequenzen für den Schutz von Kindern und Jugendlichen, der „Dieselskandal“, die Rückkehr zum Abitur nach neun Jahren, der Abschied von der Kohle und vieles mehr.

Der Rückblick erhebt keinen Anspruch auf Vollständigkeit. Mehr über die Arbeit des Landtags von Nordrhein-Westfalen erfahren Sie, liebe Leserinnen und Leser, u. a. auf unserer Homepage (www.landtag.nrw.de) oder in unserer kostenlosen Parlamentszeitschrift „Landtag Intern“.

Herzlichst

A handwritten signature in black ink, appearing to read 'André Kuper', with a stylized flourish at the end.

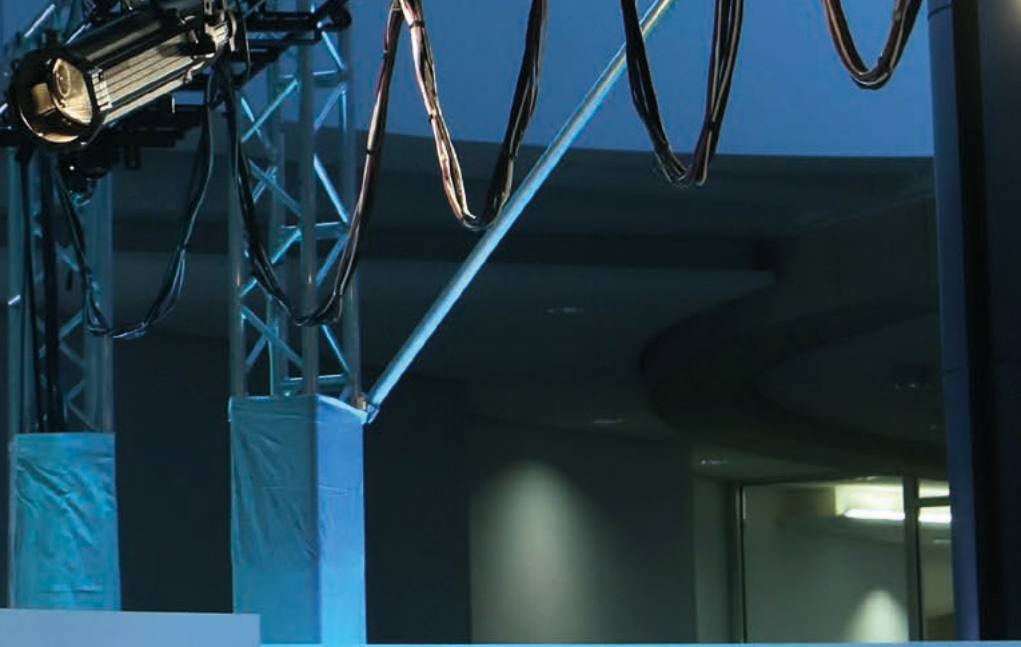
André Kuper
Präsident des Landtags Nordrhein-Westfalen

Teil A: Rückblick auf die 17. Wahlperiode (2017–2022)	6
I. Die Landtagswahl und wie es weiterging	8
1. Der Wahlabend: Eine Mehrheit für CDU und FDP.....	8
2. Die konstituierende Sitzung: Landtag wählt André Kuper zum Präsidenten	10
3. Koalitionsgespräche und ein neuer Ministerpräsident.....	12
4. „Mit Maß und Mitte“: Die erste Regierungserklärung des Ministerpräsidenten	14
II. Politik in Zeiten von Corona	17
1. Corona erstmals Thema im Plenum	17
2. Krisenstab im Landtag.....	18
3. Historische Plenarsitzung.....	19
4. Das Pandemie-Gesetz	20
5. Lockdown	20
6. Das zweite Jahr mit der Pandemie.....	21
III. Die Hochwasserkatastrophe	23
IV. Nordrhein-Westfalen und der Krieg in der Ukraine	28
V. Inneres	30
1. Die Missbrauchsfälle von Lüge und die Konsequenzen.....	30
2. Ein neues Polizeigesetz	32
3. Kampf gegen Rechtsextremismus und Antisemitismus.....	33
4. Clan-Kriminalität	35
VI. Bildung	36
1. Rückkehr zum Abitur nach neun Jahren.....	36
2. „Fridays for Future“	36
3. Kita-Finanzierung	37

VII. Energie und Wirtschaft	39
1. Ruhr-Konferenz	39
2. Abschied vom Steinkohlebergbau	40
3. Der Ausstieg aus der Braunkohle und die Zukunft der Energiepolitik.....	42
4. Debatte um den Hambacher Forst	43
5. Die Zukunft des Rheinischen Reviers.....	43
6. Hilfen für die Kohleregionen	45
7. Debatte über Energiewende	45
VIII. Verkehr	46
1. Diskussion um Dieselfahrverbote	46
2. Anliegerbeiträge für den Straßenausbau	47
3. Sorge um die Brücken.....	48
IX. Untersuchungsausschüsse und Enquetekommissionen	49
1. Parlamentarische Untersuchungsausschüsse	49
2. Enquetekommissionen	50
X. Das Haus der Bürgerinnen und Bürger	51
Teil B: Die Landtagswahl 2022 und der Start in die 18. Wahlperiode	54
1. Der Wahlabend im Landtag	56
2. Konstituierende Sitzung	58
3. Die Landesregierung nimmt die Arbeit auf	59
Teil C: Anhänge	62
I. Das Präsidium des 18. Landtags Nordrhein-Westfalen	64
II. Die Fraktionen	65
Fraktion der CDU	65
Fraktion der SPD.....	67
Fraktion der Grünen.....	69
Fraktion der FDP	71
Fraktion der AfD.....	72
Fraktionslos.....	73

Teil A: Rückblick auf die 17. Wahlperiode (2017–2022)





Die Spitzenkandidatinnen und -kandidaten am Wahlabend 2017 im ARD-Wahlstudio: (v. l.) Moderator Jörg Schönenborn, Armin Laschet (CDU), Hannelore Kraft (SPD), Moderator Frank Plasberg, Christian Lindner (FDP), Sylvia Löhrmann (Grüne) und Marcus Pretzell (AfD).



I. Die Landtagswahl und wie es weiterging

1. Der Wahlabend: Eine Mehrheit für CDU und FDP

Die Spannung war groß am 14. Mai 2017: Immerhin waren mehr als 13 Millionen Bürgerinnen und Bürger Nordrhein-Westfalens aufgerufen, bei der Landtagswahl ihre Stimme abzugeben. Wenn an Rhein, Ruhr und Lippe gewählt wird, dann schauen ganz Deutschland und das Ausland nach Düsseldorf: Der Urnengang im bevölkerungsreichsten Bundesland gilt immer auch als Fingerzeig für die bundespolitische Lage – 2017 umso mehr, da die Landtagswahl nur wenige Monate vor der Wahl des neuen Bundestags stattfand.

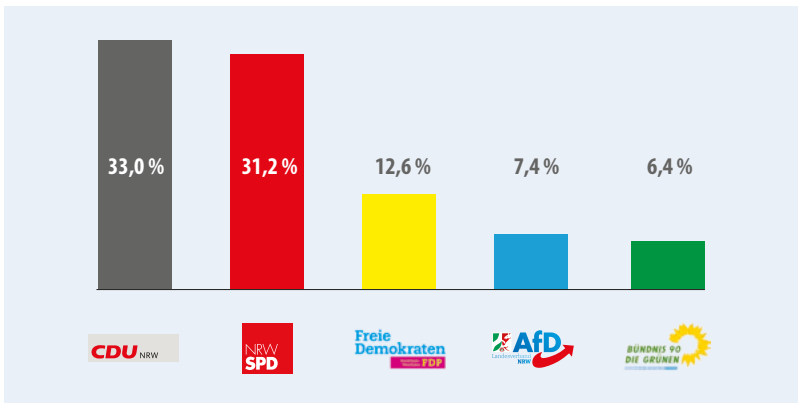
Mehr als 1.200 Medienvertreterinnen und -vertreter hatten sich für den Wahlabend akkreditiert, um live zu berichten. Fernseh- und Radiosender sowie Online-Portale hatten Studios aufgebaut und sendeten direkt aus dem Parlamentsgebäude am Düsseldorfer Rheinufer.

Nach dem Schließen der Wahllokale erschien um Punkt 18 Uhr die Prognose auf den Bildschirmen. Nach sieben Jahren SPD-geführter Landesregierung deutete alles auf einen Regierungswechsel hin. Die CDU lag vorn, SPD und Grüne hatten an Stimmen und ihre Mehrheit verloren.

Die FDP legte zu, die AfD zog erstmals in den Landtag ein. Die Piraten verpassten nach fünf Jahren den Wiedereinzug ins Landesparlament. Auch die Linke scheiterte nach einer Zitterpartie am Wahlabend an der Fünf-Prozent-Hürde.

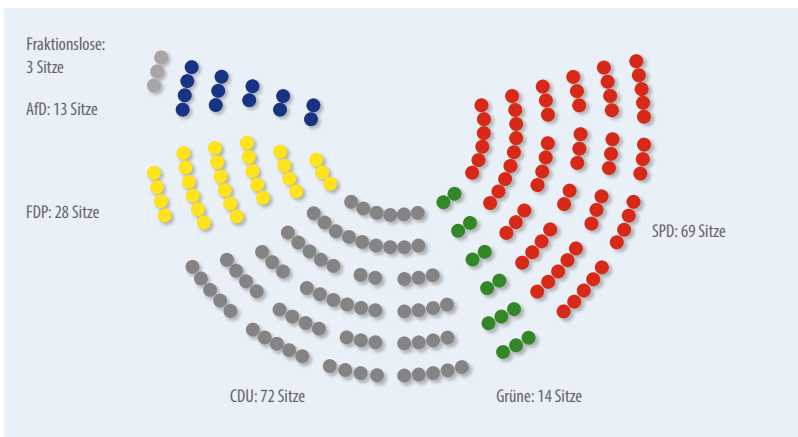
Nach einem engen Rennen zwischen CDU und SPD in den Meinungsumfragen war in den letzten Wochen vor der Wahl in den Medien über eine Große Koalition spekuliert worden. Die eigentliche Überraschung des Wahlabends war daher, dass auch für CDU und FDP eine Mehrheit möglich war.

Am Tag nach der Wahl dann das endgültige Wahlergebnis: Die CDU war stärkste Kraft geworden mit 33 Prozent der Stimmen (72 Sitze), gefolgt von der SPD, die auf 31,2 Prozent der Stimmen kam (69 Sitze). Die FDP lag auf Platz 3 mit 12,6 Prozent (28 Sitze). Die AfD zog mit 7,4 Prozent in den Landtag ein (16 Sitze), die Grünen kamen auf 6,4 Prozent (14 Sitze). Im Laufe der Wahlperiode traten drei AfD-Abgeordnete aus der Fraktion aus und gehörten fortan als fraktionslose Abgeordnete dem Landtag an.



Ergebnis der Landtagswahl vom 14. Mai 2017

Quelle: Landeswahlleiter NRW



Die Sitzverteilung: 196 Abgeordnete in fünf Fraktionen und drei fraktionslose Abgeordnete, die zuvor der AfD-Fraktion angehört hatten. Stand: Oktober 2018

Auch der 17. nordrhein-westfälische Landtag setzte sich aus fünf Fraktionen zusammen. Ihm gehörten 199 Abgeordnete an und damit weniger als noch in der 16. Wahlperiode (237). 107 Abgeordnete schafften den Wiedereinzug ins Landesparlament, 92 wurden erstmals gewählt. Die meisten neuen Gesichter fanden sich in den Reihen der CDU-Fraktion (46). Jeweils 13 waren es bei SPD und FDP, bei den Grünen 4. Das jüngste Mitglied war 27 Jahre alt, das älteste 70.

2. Die konstituierende Sitzung: Landtag wählt André Kuper zum Präsidenten

Am 31. Mai 2017 endete offiziell die 16. Wahlperiode (2012–2017).

Die am 14. Mai 2017 gewählten Kandidatinnen und Kandidaten waren damit vom 1. Juni 2017 an Abgeordnete des Landtags Nordrhein-Westfalen. Am selben Tag kamen sie erstmals alle im Landtag zusammen – zur ersten, der sogenannten konstituierenden Sitzung. Ein ganz besonderer Tag für alle Beteiligten.

Es war ein sonniger Tag, als kurz vor 15 Uhr die neuen Mandatsträgerinnen und -träger in den Plenarsaal strömten. Auf der gut gefüllten Besuchertribüne hatten diplomatische Vertreterinnen und Vertreter zahlreicher Staaten, Vertreterinnen und Vertreter von Kommunen, Vereinen, Verbänden, Stiftungen, Gewerkschaften, Kirchen und Religionen, aus Wirtschaft und Justiz Platz genommen. Auch viele Familienangehörige der Abgeordneten nahmen als Gäste teil.

Die erste Plenarsitzung der neuen Wahlperiode begann gleich mit einer parlamentarischen Neuerung: Nach der Änderung der Landesverfassung in der 16. Wahlperiode eröffnete erstmals ein sogenannter Alterspräsident die erste Sitzung – der damals mit 70 Jahren lebensälteste Parlamentarier Norbert Römer von der SPD-Fraktion. Nach dem Namensaufruf der Abgeordneten und dem Inkraftsetzen der Landtags-Geschäftsordnung wurden die 199 Abgeordneten feierlich verpflichtet.

„Die Mitglieder des Landtags von Nordrhein-Westfalen bezeugen vor dem Lande, dass sie ihre ganze Kraft dem Wohle des Landes Nordrhein-Westfalen widmen, seinen Nutzen mehren, Schaden von ihm wenden, die übernommene Pflicht und Verantwortung nach bestem Wissen und Können erfüllen und in der Gerechtigkeit gegenüber jedem Menschen dem Frieden dienen werden.“

Verpflichtungsformel laut § 2 Absatz 1 der Geschäftsordnung des Landtags Nordrhein-Westfalen

Traditionell stellt die stärkste Fraktion den Präsidenten oder die Präsidentin des Landtags. Auf Vorschlag der CDU-Fraktion wählten die Abgeordneten aus ihren Reihen in geheimer Wahl und ohne Aussprache André Kuper aus dem ostwestfälischen Rietberg in das höchste parlamentarische Amt. Kuper erhielt 185 von 199 Stimmen. Der langjährige hauptamtliche Bürgermeister der Stadt Rietberg gehört dem Landtag seit 2012 an und war in der 16. Wahlperiode stellvertretender Vorsitzender der CDU-Fraktion.

Mit der Wahl der Stellvertreterinnen und Stellvertreter war das neue Landtagspräsidium komplett: 1. Vizepräsidentin wurde Carina Gödecke (SPD), 2. Vizepräsidentin Angela Freimuth (FDP), Oliver Keymis (Grüne) 3. Vizepräsident. Die AfD-Fraktion hatte ebenfalls einen Kandidaten zur Wahl des 3. Vizepräsidenten gestellt, der aber keine Mehrheit erhielt.

Der Präsident vertritt den Landtag, führt dessen Geschäfte und leitet – abwechselnd mit den Vizepräsidentinnen oder Vizepräsidenten – die Plenarsitzungen. Zudem übt er in seiner Funktion das Hausrecht und die Polizeigewalt aus und steht an der Spitze der Landtagsverwaltung.

In seiner ersten Rede dankte der Präsident für das Vertrauen des Parlaments und kündigte an, „mit vollem Einsatz, meiner ganzen Energie und viel Herzblut“ die neue Aufgabe anzugehen. Der damit verbundenen Verantwortung sei er sich bewusst. „Wir tragen als Abgeordnete dieses Hohen Hauses Verantwortung, Nordrhein-Westfalen als vielfältiges und tolerantes Land zu erhalten. Hier soll jeder seine Chance bekommen und sich frei entfalten können – gleich welcher Herkunft, gleich welcher Religion, gleich welcher Hautfarbe“, sagte Kuper. Für Anliegen und Ideen werde seine Tür immer offen stehen.



Landtagspräsident André Kuper (2.v.l.) mit den Vizepräsidentinnen Carina Gödecke (3.v.l.) und Angela Freimuth sowie dem Vizepräsidenten Oliver Keymis am 1. Juni 2017.

3. Koalitionsgespräche und ein neuer Ministerpräsident

Ende Mai 2017 begannen die Koalitionsgespräche zwischen CDU und FDP. Am 26. Juni 2017 wurde der Koalitionsvertrag unterzeichnet. Einen Tag später, am 27. Juni 2017, stellte sich der CDU-Spitzenkandidat Armin Laschet als Ministerpräsident im Landtag zur Wahl. Dabei galt es, eine Besonderheit zu beachten: Anders als im Bund oder anderen Bundesländern wird der Ministerpräsident Nordrhein-Westfalens aus den Reihen des Landtags gewählt, er muss dessen Mitglied sein.

Es war 15.35 Uhr, als Präsident André Kuper das Ergebnis verkündete: 100 Abgeordnete hatten mit „Ja“ gestimmt. Weiter kam er nicht. Applaus brandete auf im Plenarsaal des Landtags, denn damit hatte Laschet im ersten Wahlgang die absolute Mehrheit erhalten und war zum 11. Ministerpräsidenten in der Geschichte Nordrhein-Westfalens gewählt worden. Etwa 300 Ehrengäste hatten auf der Tribüne des Plenarsaals die zweite Sitzung des 17. Landtags verfolgt.

Der gebürtige Aachener Laschet, Jahrgang 1961, gehörte zum Zeitpunkt der Wahl sieben Jahre lang dem Landtag an. Zwischen 2013 und Juni 2017 war der Jurist Vorsitzender der CDU-Landtagsfraktion und damit Oppositionsführer im Landtag, in der schwarz-gelben Landesregierung unter Ministerpräsident Dr. Jürgen Rüttgers (2000–2005) Minister für Generationen, Familie, Frauen und Integration sowie 2010 zugleich Minister für Bundesangelegenheiten, Europa und Medien.

Laschet bedankte sich in einer kurzen Rede für die Wahl. Er versprach, den Menschen in Nordrhein-Westfalen zuzuhören, auch wenn es unangenehm sei, auch wenn es weh tue, auch fernab der Landeshauptstadt und der Ballungsräume. „Ministerpräsident von Nordrhein-Westfalen: Was für ein Amt, was für eine Ehre – aber auch was für eine Verantwortung“, sagte Laschet. Man dürfe nie vergessen, woher man komme und von wem man den Auftrag erhalten habe. Er schloss mit dem Satz: „Glück auf für dieses Nordrhein-Westfalen, Gottes Segen für unser Land.“

Drei Tage nach der Wahl des Ministerpräsidenten wurde am 30. Juni 2017 das neue Landeskabinett im Plenarsaal des Landtags von Präsident Kuper vereidigt – zwölf Ministerinnen und Minister. Nordrhein-Westfalen hatte eine neue Landesregierung.



Die Landtagsabgeordneten gratulierten Armin Laschet zur Wahl in das Amt des Ministerpräsidenten Nordrhein-Westfalens (Bild links). Landtagspräsident André Kuper (r.) vereidigte den neuen Ministerpräsidenten Armin Laschet und gratulierte ihm anschließend.

4. „Mit Maß und Mitte“: Die erste Regierungserklärung des Ministerpräsidenten

Am 13. September 2017 gab Ministerpräsident Armin Laschet seine erste Regierungserklärung im Landtag ab – traditionell eine Kursbestimmung der neuen Landesregierung. Er mahnte, dass das Energieland Nummer eins in Deutschland mit dem für 2018 geplanten Ausstieg aus dem Steinkohlebergbau vor erheblichen Umbrüchen und Herausforderungen stehe. „Jene Branche, die die Grundlagen für den wirtschaftlichen Aufstieg Deutschlands und Nordrhein-Westfalens schaffte, wird endgültig Teil der Industriegeschichte und der Landesgeschichte sein.“ Er verwies auf den geplanten EU-Austritt Großbritanniens, einem der wichtigsten Handelspartner des Landes, den für 2022 geplanten Ausstieg aus der Atomenergie sowie weitere Umbrüche wie die Digitalisierung, die Globalisierung, internationale Konflikte oder weltweite Migrationsströme.

In diesen „bewegten Zeiten“ müsse Politik den Menschen Orientierung bieten und entschlossen handeln. Wichtig seien „Maß und Mitte“. Die „Nordrhein-Westfalen-Koalition“ von CDU und FDP stehe für einen Ansatz, „der Maß und Mitte wahrt“. Gemeinsam mit Kirchen, Gewerkschaften, Bürgerinnen und Bürgern sowie Unternehmen wolle man den gesellschaftlichen Wandel aktiv mitgestalten und „einen neuen Aufbruch wagen“. Das Wichtigste sei, den Zusammenhalt der Gesellschaft zu garantieren. Wesentlich seien sozialer Friede und das „Aufstiegsversprechen der sozialen Marktwirtschaft: Wer viel lernt und hart arbeitet, der wird auch in Wohlstand leben können“.

Als ein Schwerpunktthema der neuen Regierung nannte der Ministerpräsident die Bildung. Zahlreiche Kindertagesstätten im Land seien unterfinanziert. Die Landesregierung werde den Kitas noch 2017 eine halbe Milliarde Euro für die folgenden beiden Kindergartenjahre zur Verfügung stellen. „Wir stehen an der Seite der Familien“, sagte Laschet. In weiteren Schritten sollten das Kinderbildungsgesetz reformiert, die Qualität in den Kitas gesteigert und flexiblere Öffnungszeiten angeboten werden. Der Ministerpräsident sagte dem Unterrichtsausfall an Schulen den Kampf an. Man werde eine „digitale und schulscharfe Erfassung“ einführen und „alles dafür tun, dass Lehrerstellen keine Leerstellen bleiben“. Mit der Rückkehr

zum Abitur nach neun Jahren (G9) zum Schuljahr 2019/2020 korrigiere die Landesregierung eine Fehleinschätzung.

Auf die Regierungserklärung folgte einen Tag später der erste große Schlagabtausch zwischen Koalition und Opposition. Der damalige Vorsitzende der SPD-Fraktion, Norbert Römer, warf CDU und FDP in der mehr als vierstündigen Debatte vor, eine „ideologische Marktentfesselungspolitik“ zu planen. Er kritisierte u. a. das Vorhaben zum Mieterrecht, das „mehr als zehn Millionen Mieter in NRW entrechten“ werde. Keine Pläne habe die Landesregierung dagegen in der Sozialpolitik – zu ihr stehe nichts im Koalitionsvertrag. Auch in der Regierungserklärung des Ministerpräsidenten habe sie keine Rolle gespielt. CDU und FDP seien nicht auf die Regierungsübernahme vorbereitet gewesen und „von den eigenen Wahlkampfversprechen überfordert“.

CDU-Fraktionschef Bodo Löttgen betonte, die „NRW-Koalition“ werde „Lösungen anbieten, die eine Mentalität des Einstiegs fördern und nicht bei der Verwaltung von Fragen stehen bleiben“. Sie werde „investieren, Arbeitsplätze schaffen, auskömmliche Einkommen sichern, Armut insgesamt und Kinderarmut im Besonderen verhindern“ sowie „Bildung und Bildungschancen unabhängig vom Geldbeutel der Eltern ermöglichen“. Ziel sei, den Wandel verantwortlich zu gestalten und dabei den Anspruch, Nordrhein-Westfalen wieder in die Spitzengruppe der deutschen Bundesländer zu führen, nicht aus den Augen zu verlieren.

Der Vorsitzende der AfD-Fraktion, Marcus Pretzell, kritisierte, der Ministerpräsident habe dem Thema „Innere Sicherheit“ in seiner rund 90-minütigen Regierungserklärung lediglich fünf Minuten gewidmet. Er vermisse eine Schwerpunktsetzung bei der Kriminalitätsbekämpfung und eine Strategie zur Bekämpfung des Linksextremismus. Es sei offen geblieben, wie die Landesregierung zu „Doppelpass“ und „Vollverschleierung“ stehe und wie Schulden abgebaut werden sollen.

Christian Lindner, Vorsitzender der FDP-Fraktion, betonte: „Unser Anspruch ist es, Nordrhein-Westfalen wieder in die Spitzengruppe der Länder zu führen.“ Der Koalition gehe es um sozialen Ausgleich und sozialen Aufstieg, um Freiheit und Sicherheit, Ökonomie und Ökologie,

Bewahren und Gründen und das Leben in Städten und auf dem Land. Die Landesregierung stehe für eine neue Balance. Sie wolle das Bildungssystem verbessern. In der Energiepolitik brauche es einen Neustart: „Wenn wir die Akzeptanz für die Energiewende erhalten wollen, dann muss der Ausbau in geordnete Bahnen gelenkt werden.“

Kritik kam vom Grünen-Fraktionsvorsitzenden Arndt Klocke. Die Überschrift der Regierungserklärung, „Maß und Mitte“, sei „unambitioniert und mutlos“ in unruhigen Zeiten. Die Erklärung habe eine Melodie aus „Vergangenem, fehlendem Mut, Restauration, Klientelinteressen und vor allem wenig Aufbruch“ durchzogen. Die Wohnungspolitik sei eine zentrale Frage, dazu habe der Ministerpräsident nichts gesagt. Beim Klimaschutz sei er unkonkret geblieben. Klocke forderte: „Legen Sie einen Masterplan für Nordrhein-Westfalen vor, der wirklich Mut hat, der zukunftsorientiert, nachhaltig und durchfinanziert ist.“

II. Politik in Zeiten von Corona

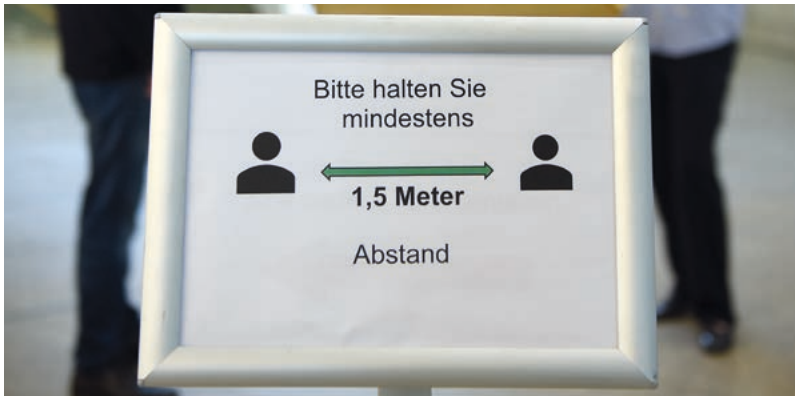
1. Corona erstmals Thema im Plenum

Wuhan war weit weg. Mehr als 8.000 Kilometer liegen zwischen Deutschland und der chinesischen Metropole, in der im Dezember 2019 eine mysteriöse Viruserkrankung ausbrach: Covid-19, besser bekannt als „Corona“. Das Virus, das die Erkrankung verursacht, verbreitete sich von China aus rasant um die Welt. Eine Epidemie wurde zur Pandemie, die auch das Leben in Nordrhein-Westfalen und die Arbeit des Landtags veränderte. Schulen, Kindergärten und Spielplätze wurden ab Mitte März 2020 geschlossen, ebenso viele Geschäfte, Kinos, Theater und Freizeitparks, Restaurants und Gaststätten, Fitnessstudios und andere Sporteinrichtungen. Besuche von Angehörigen in Alten- und Pflegeheimen, in Krankenhäusern waren untersagt. Kontakte wurden auf ein Minimum reduziert, um das Infektionsrisiko zu senken. Abstand und Schutzmasken wurden zur Pflicht. Viele Menschen verlegten ihre Arbeit ins Homeoffice. Und in den Supermärkten wurden Mehl, Nudeln und Toilettenpapier knapp.

Auf der Tagesordnung des Plenums stand das Thema „Corona“ erstmals am 11. März 2020. Zu diesem Zeitpunkt war Nord-Italien bereits besonders betroffen. In Deutschland war Nordrhein-Westfalen das Bundesland mit den meisten Corona-Fällen – insbesondere im Kreis Heinsberg. „Die Corona-Pandemie stellt uns vor große Herausforderungen“, sagte Gesundheitsminister Karl-Josef Laumann (CDU) in der Plenarsitzung. Rund die Hälfte der Infizierten in Deutschland stamme aktuell aus Nordrhein-Westfalen. Es gehe darum, die Ausbreitung des Virus „so gut wie möglich“ zu verzögern und ältere sowie vorerkrankte Menschen zu schützen. Die Infrastruktur des Gesundheitswesens müsse funktionsfähig bleiben. „Wir werden die Krise nicht bewältigen ohne Einschränkungen im öffentlichen Leben“, kündigte Laumann an.

Ziel müsse jetzt sein, kurzfristig und schnellstmöglich dafür zu sorgen, dass es nicht zu einer Situation wie in Italien komme, sagte SPD-Fraktionschef Thomas Kutschaty in der Debatte am 11. März. Das Infektionsrisiko müsse minimiert, die Ausbreitung des Virus verlangsamt und das Vertrauen der Menschen in das Gesundheitssystem gestärkt werden, sagte Peter Preuß (CDU).

Mehrdad Mostofizadeh (Grüne) betonte, dass seine Fraktion und der gesamte Landtag an der Seite der Landesregierung stünden beim Kampf gegen die Ausbreitung des Virus. Maßnahmen dürften nicht am Geld scheitern. Es bestehe „kein Anlass zur Panik oder zur Hysterie“, sagte Susanne Schneider (FDP). Dass Spiele der Fußball-Bundesliga ohne Zuschauer stattfänden, sei notwendig, um eine Verlangsamung der Infektionsraten zu erreichen und das Risiko unkontrollierter Übertragungen zu verringern. Wichtig sei, die Menschen zu schützen, denen durch eine Infektion schwere oder sogar lebensbedrohliche medizinische Folgen drohten, sagte Dr. Martin Vincentz (AfD).



„Abstand halten“ – eine der Corona-Schutzregeln, die auch im Landtag galten.

Foto: Hartmann

2. Krisenstab im Landtag

Schon früh hatte sich im Landtag ein Krisenstab gebildet, dem neben Landtagspräsident André Kuper die Vizepräsidentinnen Carina Gödecke und Angela Freimuth, Vizepräsident Oliver Keymis sowie jeweils eine Vertreterin beziehungsweise ein Vertreter der fünf Fraktionen angehörten. Auf Grundlage der Empfehlungen von Bundes- und Landesregierung sowie des Robert Koch-Instituts beschlossen sie u. a., das Besuchsprogramm des Landtags vorerst einzustellen und geplante Veranstaltungen abzusagen, um das Infektionsrisiko und damit die Ausbreitung des Corona-Virus zu minimieren. Plenar- und Ausschusssitzungen fanden weiter statt, allerdings unter Beachtung besonderer Schutzmaßnahmen.

So wurden beispielsweise nur noch die großen Sitzungsräume des Landtags für Ausschusssitzungen genutzt, um den vorgeschriebenen Abstand zwischen den Anwesenden sicherstellen zu können.

Präsident Kuper betonte, dass das Parlament in der Pandemie zusammenstehe und arbeitsfähig bleibe. Und er fügte hinzu: „Auch und gerade in Krisenzeiten kann und wird sich das Parlament bewähren. Die Abgeordneten bleiben an Bord und gehen ihren Aufgaben weiter nach. Aber wir reduzieren – wie alle – unsere öffentlichen und persönlichen Kontakte.“

3. Historische Plenarsitzung

Dann überschlugen sich die Ereignisse. Kurzfristig verständigten sich die Spitzen der fünf Fraktionen auf Vorschlag der Landesregierung darauf, bereits am 24. März 2020 – und damit noch vor dem für den 1. April 2020 geplanten regulären Plenum – zu einer Sondersitzung zusammenzukommen. Einziges Thema: die Bewältigung der wirtschaftlichen Folgen infolge der Corona-Pandemie.

Die Sondersitzung ging in die Geschichte ein: An nur einem Tag beschloss das Parlament einstimmig in drei Lesungen einen Nachtragshaushalt in Höhe von 25 Milliarden Euro. Mit einem Sondervermögen, dem „NRW-Rettungsschirm“, sollten alle direkten und indirekten Folgen der Krise bewältigt werden. Unterbrochen wurde die Sitzung für die notwendigen Beratungen des Haushalts- und Finanzausschusses.

Sprecherinnen und Sprecher aller Fraktionen dankten den Menschen, die die Versorgung im Land aufrechterhielten, von medizinischem Personal bis zu Verkäuferinnen und Verkäufern. Ihnen spendeten die Abgeordneten stehend Applaus.

„Corona“ blieb fortan ein bestimmendes Thema in Plenar- und Ausschusssitzungen.

Es ging um den Mangel an Schutzmasken, um die Belastungen für Kinder, Jugendliche und Eltern, um die Organisation des Schulunterrichts, die Fol-

gen für die Wirtschaft – um nur einige der Themen zu nennen. Besonders im Blick hatten die Abgeordneten auch die Fleischindustrie. Hintergrund: Mehr als 1.550 Beschäftigte des Schlachtbetriebs Tönnies in Rheda-Wiedenbrück (Kreis Gütersloh) waren im Juni 2020 mit dem Corona-Virus infiziert. Der Standort gilt als größter Schlachthof Europas.

4. Das Pandemie-Gesetz

Am 14. April 2020 – in der Osterpause – verabschiedete der Landtag mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, SPD, FDP und Grünen in dritter Lesung das sogenannte Pandemie-Gesetz. Die AfD-Fraktion, die die dritte Lesung beantragt hatte, stimmte in einer Sondersitzung gegen den Entwurf. Im Anschluss stellte der Landtag eine „epidemische Lage von landesweiter Tragweite“ fest. Diese Feststellung war die Voraussetzung dafür, dass das Pandemie-Gesetz angewendet werden konnte.

Das Gesetz sah Regelungen für den Fall vor, dass sich die Lage weiter verschärft.

Vor der zweiten Lesung hatten sich die Fraktionen von CDU, SPD, FDP und Grünen auf Änderungen am Entwurf der Landesregierung für das Epidemie-Gesetz verständigt. So wurde u. a. die Feststellung einer „epidemischen Lage von landesweiter Tragweite“ durch den Landtag mit einer Frist von jeweils zwei Monaten versehen. Sie musste stets neu durch das Parlament festgestellt werden. Die zunächst geplante Regelung für eine Verpflichtung von medizinischem Personal wurde durch ein Freiwilligenregister ersetzt.

5. Lockdown

Im Herbst stieg die Zahl der Corona-Infektionen massiv an. Am 30. Oktober 2020 kam der Landtag deshalb erneut zu einer Sondersitzung zusammen. Zuvor hatten sich Bund und Länder auf neue Maßnahmen zur Eindämmung der Pandemie verständigt. Beschlossen wurden u. a. neue Kontaktbeschränkungen. Gastronomiebetriebe, Kinos, Theater und Sporteinrichtungen mussten erneut vorübergehend schließen. Schulen und Kitas blieben dagegen – anders als während der ersten großen Infektionswelle im Frühjahr – geöffnet.

In der Plenarsitzung am 26. November 2020 kündigte Ministerpräsident Armin Laschet eine Verlängerung des sogenannten Teil-Lockdowns an – mit weiteren Kontaktbeschränkungen und einer Ausweitung der Maskenpflicht. Während der Plenartage im November ging es zudem um Hilfen für die vom Teil-Lockdown betroffenen Unternehmen und den Schulunterricht in Corona-Zeiten. Am 15. Dezember unterrichtete der Ministerpräsident den Landtag über die von Bund und Ländern beschlossenen weiteren Maßnahmen zur Eindämmung der Pandemie. Der bundesweite Lockdown trat einen Tag später in Kraft.

6. Das zweite Jahr mit der Pandemie

Corona blieb auch 2021 und damit im zweiten Jahr in Folge das beherrschende Thema der Landespolitik. Am 12. Januar debattierte der Landtag erstmals im neuen Jahr über die Pandemie – wieder in einer Sondersitzung. Ministerpräsident Armin Laschet hatte den Landtag zuvor über die von Bund und Ländern beschlossenen verschärften Maßnahmen im Kampf gegen die Pandemie unterrichtet. Dazu gehörten strengere Kontaktbeschränkungen.

In der ersten regulären Plenarsitzung am 27. Januar stand eine erneute Unterrichtung des Ministerpräsidenten auf der Tagesordnung. In der anschließenden Debatte ging es u. a. um die Gefahren durch Virusmutationen. Die Impfstrategie war Thema einer Aktuellen Stunde. Im Mittelpunkt standen die Online-Terminvergabe für Impfungen und ausgebliebene Impfstofflieferungen. Für kontroverse Debatten sorgte zudem der Schulunterricht während der Pandemie. Am 24. März beschloss der Landtag mit den Stimmen von CDU, SPD, FDP und Grünen die Einrichtung eines „Parlamentarischen Begleitgremiums Covid-19-Pandemie“. Es handelte sich um einen Unterausschuss des Ausschusses für Arbeit, Gesundheit und Soziales.

Dann kam die dritte Welle. Im Plenum ging es um die geplante Aufhebung der Impfpriorisierung, um Perspektiven für Kinder und Jugendliche, um die Tragepflicht von Schutzmasken in der Schule. Kurz vor Beginn der Sommerferien debattierte der Landtag erneut über die aktuelle Situation. Die damalige Inzidenzlage: 5,2. Angesichts der sich ausbreitenden Delta-

Variante sei aber weiterhin Vorsicht geboten, warnte Gesundheitsminister Karl-Josef Laumann in der Plenarsitzung am 30. Juni.

Zuvor hatte der Landtag mit einer bewegenden Veranstaltung der Opfer der Pandemie gedacht. Die Gedenkstunde stand aber auch im Zeichen des Danks an die vielen Helferinnen und Helfer und der Hoffnung auf eine Besserung der pandemischen Lage. Die Spitzen der drei nordrhein-westfälischen Verfassungsorgane, eine Angehörige, Ärztinnen und Ärzte, Pflegekräfte und eine Seelsorgerin – sie alle zündeten Kerzen der Erinnerung für die damals mehr als 17.000 Menschen an, die bis zu diesem Zeitpunkt in Nordrhein-Westfalen an oder mit Corona verstorben waren.

Der Präsident des Landtags, André Kuper, erinnerte an das Leid, die Ängste und Sorgen seit Beginn der Pandemie. „Die Trauer und der Schmerz sind in der Welt, wahrlich in der ganzen Welt. Diese Stunde des Gedenkens, des Innehaltens und der Trauer, zugleich der Vergewisserung und der Zuversicht, verpflichtet und verbindet alle Menschen in unserem Land über Ort und Zeit und Generationen hinaus.“

In einer Sondersitzung am 10. August stellte Ministerpräsident Armin Laschet einen Fünf-Punkte-Plan vor, den er in der für denselben Tag angesetzten Konferenz der Länderregierungschefinnen und -chefs mit Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) vorlegen wollte. Dies seien u. a. eine Ausweitung der Testpflicht, Anreize für Impfungen und eine Impfoffensive. Laschet sprach sich zudem dafür aus, das Pandemiegeschehen nicht mehr nur an den Inzidenzwerten zu messen.

Einem vergleichsweise entspannten Sommer folgte im Herbst die vierte Welle. Am 17. November, einen Tag vor der erneuten Bund-Länder-Konferenz zur weiteren Bekämpfung der Pandemie, unterrichtete der neue Ministerpräsident Hendrik Wüst (CDU), der kurz zuvor die Nachfolge des in die Bundespolitik gewechselten Laschet angetreten hatte, den Landtag über neue Maßnahmen. Dazu gehörten u. a. Zugangsbeschränkungen in Freizeiteinrichtungen für Erwachsene, die nicht geimpft oder genesen waren (2G-Regel) sowie 3G (geimpft, genesen oder getestet) am Arbeitsplatz. Die neuen Regeln standen auch im Mittelpunkt einer Plenardebatte am 24. November und einer Sondersitzung am 1. Dezember.

III. Die Hochwasserkatastrophe

Es waren unbeschwerte Tage im bevölkerungsreichsten Bundesland gewesen. Nordrhein-Westfalen genoss die Sommerferien – bis Mitte Juli 2021 tagelanger Starkregen einsetzte. Dieser führte in West- und Mitteleuropa zu schweren Überflutungen, die in einer Katastrophe endeten: In Deutschland starben mehr als 180 Menschen bei den schweren Unwettern, über 50 allein in Nordrhein-Westfalen – dem Bundesland, das neben Rheinland-Pfalz am schlimmsten betroffen war.

Flüsse und Bäche traten über die Ufer. Die Überflutungen richteten Schäden in bis dahin nicht gekanntem Ausmaß an. Die gewaltigen Wassermassen zerstörten Häuser, Betriebe, Höfe und Werkstätten, Sportanlagen und Schulen, Krankenhäuser und Seniorenheime, Kirchen und Friedhöfe, Fußgängerzonen und Straßenzüge, Brücken und Bahngleise. Besonders betroffen waren die Eifel, der Kreis Heinsberg und der Rhein-Erft-Kreis. Allein in Nordrhein-Westfalen entstanden Sachschäden in Höhe von mehr als 13 Milliarden Euro.

Bereits Anfang August kamen die Abgeordneten des Landtags zu einer Sondersitzung zusammen, um über die Bewältigung der Unwetterkatastrophe zu beraten. In seiner Unterrichtung sprach Ministerpräsident Armin Laschet (CDU) von der vermutlich größten Naturkatastrophe, die das Land seit seiner Gründung getroffen habe.

Anfang September gedachten Landtag und Landesregierung in einer gemeinsamen Gedenkstunde der Opfer der Katastrophe. Die bewegende Feier im Plenarsaal des Landtags galt zugleich den zahlreichen haupt- und ehrenamtlichen Helferinnen und Helfern. Nach den schweren Unwettern hatte eine überwältigende Welle der Solidarität eingesetzt. Stellvertretend für alle Helferinnen und Helfer nahmen Vertreterinnen und Vertreter u. a. von Bundeswehr, THW, DLRG, Malteser Hilfsdienst, DRK, Johanniter-Unfallhilfe, AWO, Caritas, Arbeitersamariterbund und Paritätischem Wohlfahrtsverband an der Gedenkstunde teil.

Für die Verstorbenen brannten Kerzen im Plenarsaal, ihre Namen wurden auf einer Videowand eingeblendet. Der Präsident des Landtags, André

Kuper, richtete sich an die Überlebenden der Katastrophe und die Angehörigen der Opfer: „Ihr Schmerz, ihre Trauer sind unermesslich. Unsere Gefühle, unser Mitgefühl sind bei Ihnen. Und mit diesem Schmerz und aller Trauer kommt auch die Frage: Wie konnte das geschehen? Mit dieser Frage und mit weiterer finanzieller Hilfe wird sich der Landtag beschäftigen. Diese Katastrophe bleibt im Gedächtnis, aber auch die Hilfe wird im Gedächtnis bleiben. In Nordrhein-Westfalen stehen wir zusammen, wir reichen uns die Hände, wir helfen uns.“



Das Bild zeigt die durch die Flutkatastrophe zerstörte Innenstadt von Bad Münstereifel.

Foto: IMAGO/Uta Wagner

Während der Gedenkstunde sprach auch die Leitende Notärztin Dr. Nicole Didion, die im Flutgebiet im Einsatz war. „Die Bilder im Fernsehen zu sehen, das hat mich betroffen gemacht; aber ich war dadurch nicht annähernd darauf vorbereitet, was mich vor Ort wirklich erwartet hat. Materi-

elle Verluste mögen zu ersetzen sein, menschliche Verluste und vertraute Erinnerungen sind es nicht. Viele beginnen erst langsam zu realisieren, wie einschneidend die Langzeitfolgen für den Einzelnen werden. Die Verarbeitung des Geschehenen wird Zeit und Kraft in Anspruch nehmen und ist von Mensch zu Mensch verschieden. Die Menschen in den betroffenen Regionen sind stark, halten zusammen, Freunde und Nachbarn helfen einander, auch in ihrer eigenen großen Not. Sie alle brauchen auch weiterhin unser aller Unterstützung, in Worten und vor allem in Taten.“

Ministerpräsident Laschet dankte den Einsatzkräften, den Seelsorgerinnen und Seelsorgern, den Soldatinnen und Soldaten der Bundeswehr und den Bürgerinnen und Bürgern, die Familie, Freunde, Nachbarn und Fremde unterstützt hätten. „Diese Hilfsbereitschaft berührt zutiefst, sie zeigt, was seit 75 Jahren zu unserem Land gehört, was uns ausmacht: In der Stunde der Not können wir uns aufeinander verlassen. Ich verspreche allen, die jetzt und in Zukunft unter den Folgen der Flut leiden: Wir stehen an ihrer Seite. Nordrhein-Westfalen steht zusammen.“

Am selben Tag schloss sich in der Plenarsitzung die nächste Debatte zur Katastrophe an. Innenminister Herbert Reul (CDU) berichtete, die akute Katastrophenlage sei beendet und auch die Aufräumarbeiten seien weitgehend abgeschlossen. Nun folge das „Kapitel Wiederaufbau“ – und dieses werde lang sein. Reul kündigte an, Konsequenzen aus der Katastrophe zu ziehen. Er sagte: „Wir müssen für die Zukunft besser werden.“

SPD-Fraktionschef Thomas Kutschaty betonte, die Betroffenen verlangten nach Antworten auf die Frage, warum die Katastrophe Todesopfer gefordert habe. Der Innenminister sei eine Antwort darauf schuldig geblieben. Er habe stattdessen eine „Rechtfertigungsrede“ gehalten und Nebelkerzen geworfen. Seine Fraktion habe der Landesregierung acht Wochen Zeit gegeben, um ihren Aufklärungswillen zu zeigen. Sie habe aber bislang keine Antwort auf ihre Fragen erhalten.

Aktuell gehe es vorrangig um Verbesserungen beim Katastrophenschutz und nicht um die Beantwortung der Frage, „wer wo was falsch gemacht hat“, erwiderte Thomas Schnelle (CDU) auf die Kritik der Opposition. Klar sei aber auch, dass die Strukturen im Katastrophenschutz in Verantwortung

der rot-grünen Vorgängerregierung entstanden seien. Es müsse u. a. geklärt werden, wo das Land die Kommunen mehr unterstützen könne.

Die Unterrichtung von Innenminister Reul sei inhaltlich ein „Arbeitszeugnis“ gewesen, urteilte Grünen-Fraktionschefin Verena Schäffer. Er habe keinen Vorschlag eingebracht, wie der Katastrophenschutz gestärkt werden könne. Reul habe zudem die Verantwortung im Krisenmanagement auf Kommunen und den Deutschen Wetterdienst abgewälzt. Sie forderte, Strukturen zu verbessern – etwa durch die Einrichtung eines Landesamts für Katastrophenschutz.

Bereits Jahre vor dem Hochwasser und der Corona-Pandemie sei die Frage aufgeworfen worden, „wie wir auf Großschadensereignisse vorbereitet sind“, sagte Dr. Werner Pfeil (FDP). Schon damals seien „Lücken im System“ auf Bundes-, Landes- und Kreisebene erkennbar gewesen. Es gelte, die „immer noch notwendigen Herausforderungen zu bewältigen – nämlich den Katastrophenschutz und die Katastrophenhilfe zu verbessern“.



Mit einer bewegenden Gedenkstunde erinnerten Landtag und Landesregierung im September 2021 an die Opfer der Flutkatastrophe und dankten den Helferinnen und Helfern.

Noch immer gebe es im Katastrophengebiet Häuser ohne Strom, Gas und Trinkwasser, sagte Dr. Christian Blex (AfD). Die „Mangelliste“ sei „erschütternd und lang“. Dies sei die aktuelle Zwischenbilanz nach zwei Monaten. Doch gehöre es „zu unserem Selbstverständnis als Deutsche, alles wieder aufzubauen, was zerstört wurde“. Blex sagte: „Unser Volk ist solidarisch. Wir helfen uns gegenseitig.“

In derselben Sitzung setzte der Landtag auf Antrag der Oppositionsfraktionen von SPD und Grünen einstimmig einen Parlamentarischen Untersuchungsausschuss zur Aufarbeitung der Hochwasserkatastrophe ein. Dieser legte kurz vor der Landtagswahl 2022 einen Zwischenbericht vor, über den das Plenum am 7. April 2022 debattierte.

Da wegen der Kürze der Zeit bis zum Ende der Wahlperiode Fragen unbeantwortet blieben, setzte der Landtag zu Beginn der 18. Wahlperiode auf Antrag der Fraktionen von CDU, SPD, Grünen und FDP erneut einen Parlamentarischen Untersuchungsausschuss zur Aufarbeitung der Hochwasserkatastrophe ein.

IV. Nordrhein-Westfalen und der Krieg in der Ukraine

Der Angriffskrieg Russlands auf die Ukraine begann am 24. Februar 2022. Schnell war klar: Die Folgen würden auch in Nordrhein-Westfalen spürbar sein.

Der Präsident des Landtags, André Kuper, sagte: „Nordrhein-Westfalen, Deutschland und Europa sind an der Seite der Ukraine. Wir stehen zusammen für Frieden, Freiheit und Demokratie.“ Er zollte den Ukrainerinnen und Ukrainern Respekt, die „aus Liebe zu ihrem Vaterland ihre politische Freiheit und Demokratie“ verteidigten. Der Präsident ergänzte: „Unser besonderes Mitgefühl gilt den vielen Menschen, die Opfer des Krieges sind, die Angehörige verlieren, deren Familien durch den Krieg zerrissen sind, die Hab und Gut verloren haben, die verängstigt oder verzweifelt sind, die auf der Flucht sind.“

In einer Sondersitzung am 9. März 2022 stellte sich der Landtag an die Seite der Ukraine und versicherte dem Land seine Solidarität. Abgeordnete aller Fraktionen verurteilten den russischen Angriffskrieg. Ministerpräsident Hendrik Wüst (CDU) sprach von einem Angriff auch auf Europa und die demokratischen Werte, SPD-Fraktionschef Thomas Kutschaty von einem „Verbrechen gegen die Menschlichkeit“, CDU-Fraktionschef Bodo Löttgen von einem „abscheulichen, völkerrechtswidrigen Angriffskrieg“. Nordrhein-Westfalen werde Geflüchteten, „die Schutz suchen, diesen Schutz geben“, sagte Verena Schäffer, Vorsitzende der Grünen-Fraktion. FDP-Fraktionschef Christof Rasche sprach von „unermesslichem Leid“. Es sei eine „humanitäre Selbstverständlichkeit“, Flüchtlinge aus der Ukraine „temporär“ aufzunehmen, sagte Markus Wagner, der Vorsitzende der AfD-Fraktion.

Am 23. März 2022 verurteilte der Landtag erneut den russischen Angriffskrieg und stellte sich in einer Resolution solidarisch an die Seite der ukrainischen Bevölkerung. Ein entsprechender Antrag von CDU, SPD, FDP und Grünen wurde mit den Stimmen der antragstellenden Fraktionen angenommen. Die AfD enthielt sich.

In der Resolution wird der Tag des russischen Angriffs als „einer der dunkelsten Tage in Europa seit dem Zweiten Weltkrieg und dem Krieg im ehemaligen Jugoslawien“ bezeichnet. Weiter heißt es: „Der Landtag Nordrhein-Westfalen verurteilt das Vorgehen der russischen Regierung aufs Schärfste und erklärt seine Solidarität und Unterstützung mit der Ukraine und ihrer Bevölkerung sowie all jenen Menschen, die auch in der Russischen Föderation wie in Belarus gegen Autokratie und für Frieden, Freiheit und Demokratie eintreten. Das Streben der Ukrainerinnen und Ukrainer nach Demokratie, Freiheit und Selbstbestimmung ist ein Menschenrecht. Niemand hat das Recht, die Ukraine mit militärischer Gewalt an diesem Weg zu hindern.“ Die Abgeordneten forderten den russischen Präsidenten Wladimir Putin auf, den Krieg unverzüglich zu beenden und die Truppen aus der Ukraine abzuziehen. Zugleich versicherten sie, Nordrhein-Westfalen werde alles dafür tun, geflüchtete Menschen aus der Ukraine aufzunehmen und zu versorgen: „Wer bei uns Schutz sucht, den heißen wir willkommen. Wir in Nordrhein-Westfalen werden uns den Herausforderungen stellen, die dieser Krieg mit sich bringt.“

Der Landtag befasste sich in weiteren Plenarsitzungen mit dem Krieg in der Ukraine, mit mutmaßlichen Kriegsverbrechen Russlands und dem Leid der Bevölkerung – aber auch mit der großen Hilfsbereitschaft der Menschen in Nordrhein-Westfalen. In Aktuellen Stunden debattierten die Abgeordneten über gestiegene Lebensmittel- und Energiepreise als Folgen des Krieges und die Aufnahme geflüchteter Menschen in Nordrhein-Westfalen.



Am Dienstag, 14. Juni 2022, war das Jugendsymphonieorchester der Ukraine zu Gast im Landtag. Die jungen Musikerinnen und Musiker im Alter ab 12 Jahren spielten auf Einladung des Präsidenten des Landtags, André Kuper, ein Konzert im Plenarsaal. Das Bild entstand während der Probe.

Inneres

1. Die Missbrauchsfälle von Lügde und die Konsequenzen

Lügde, Kreis Lippe. Mindestens 40 Kinder wurden dort zwischen 2008 und 2018 auf einem Campingplatz sexuell missbraucht und dabei teilweise gefilmt. Die Staatsanwaltschaft ging von etwa 1.000 Einzeltaten in einem Zeitraum von zehn Jahren aus. Drei Männer wurden vor dem Landgericht Detmold angeklagt, die beiden Haupttäter zu Freiheitsstrafen von zwölf bzw. 13 Jahren mit anschließender Sicherungsverwahrung verurteilt. Ein mitangeklagter Komplize erhielt eine Bewährungsstrafe von zwei Jahren. Polizei, Jugendämtern und Familien-Hilfsorganisationen wurden schwere Versäumnisse vorgeworfen: Es habe Hinweise auf die Taten gegeben, denen nicht im gebotenen Maße nachgegangen worden sei.

Der „Fall Lügde“ sorgte auch im Landtag für Entsetzen. Auf Antrag der Fraktionen von CDU, SPD, FDP und Grünen wurde am 26. Juni 2019 die Einsetzung eines Parlamentarischen Untersuchungsausschusses (PUA) beschlossen.

„Lügde“ wurde zum zentralen Thema vieler Ausschusssitzungen. Am 24. Juni 2019 erfolgte eine Sachverständigenanhörung mit Vertreterinnen und Vertretern von fast 40 Verbänden und staatlichen Stellen. Eingeladen hatten die Ausschüsse für Familie, Kinder und Jugend, für Gleichstellung und Frauen, für Heimat, Kommunales, Bauen und Wohnen, für Arbeit, Gesundheit und Soziales sowie der Innenausschuss.

Der Anhörung lag ein fraktionsübergreifender Antrag von CDU, SPD, FDP und Grünen zugrunde: „Jeder Fall ist ein Fall zu viel – alle Kräfte mobilisieren für den Schutz von Kindern und Jugendlichen vor Missbrauch.“ Die Fraktionen betonten, dass schwere Missbrauchsfälle wie die auf dem Campingplatz in Lügde die Notwendigkeit zeigten, „Strukturen auf den Prüfstand zu stellen und sowohl gründlich als auch so schnell wie möglich

Maßnahmen für einen besseren Kinderschutz zu entwickeln“. Gleichzeitig müsse die Betreuung und Versorgung der Opfer höchste Priorität haben.

Am 15. November 2019 beschloss der Landtag auf Antrag der Fraktionen von CDU, SPD, FDP und Grünen einstimmig die Einrichtung einer Kinderschutzkommission. Sie wurde als Unterausschuss des Ausschusses für Familie, Kinder und Jugend eingesetzt. „Der Landtag Nordrhein-Westfalen ist überzeugt, dass alles getan werden muss, um dem Thema Kinderschutz einen herausragend hohen Stellenwert zu geben – gesellschaftlich, politisch und parlamentarisch“, hieß es in dem Antrag, der auch auf die Missbrauchsfälle in Lügde einging. Aufgabe der Kommission sei die Wahrnehmung der Belange von Kindern und Jugendlichen. Die Kommission solle „herausgehoben aus der tagesaktuellen Politik“ stehen.

Auch die Landesregierung zog Konsequenzen. Am 27. Mai 2020 unterrichtete sie den Landtag über „Erfolge, Lehren und Perspektiven der kriminalpolizeilichen Bekämpfung von sexuellem Kindesmissbrauch und Kinderpornografie“. Grundlage der Unterrichtung und der anschließenden



Polizisten sichern den Tatort auf dem Campingplatz in Lügde (Kreis Lippe). Dort hatten mehrere Männer jahrelang Kinder missbraucht.

Foto: picture alliance/dpa | Guido Kirchner

Debatte war ein Bericht der Stabsstelle „Revision der kriminalpolizeilichen Bearbeitung von sexuellem Missbrauch an Kindern und Kinderpornografie“. Die Stabsstelle hatte am 23. April 2019 ihre Arbeit aufgenommen. Ein neues Referat im Innenministerium werde sich künftig mit dem Thema „Missbrauch“ befassen, hieß es in dem Bericht. Es sei unmittelbar beim Landeskriminaldirektor angesiedelt.

Am 6. April 2022 verabschiedete der Landtag einstimmig ein neues Kinderschutzgesetz. Mit dem Gesetz werde „die staatliche Aufgabe und Rolle im Kinderschutz in seiner Eigenschaft als gesamtgesellschaftliche Querschnittsaufgabe präzisiert und qualitativ gestärkt“, hieß es im Entwurf der Landesregierung von CDU und FDP. Es stelle Regelungen zur Rechtsposition von Kindern und Jugendlichen klar und grenze die für den Schutz und die Entwicklung relevanten Handlungsfelder näher ein. Zentrale Themen seien fachliche Standards „bei gewichtigen Anhaltspunkten für eine Kindeswohlgefährdung einschließlich Qualitätsberatung und Qualitätsentwicklung“, die Zusammenarbeit der beteiligten Akteure in Netzwerkstrukturen sowie Leitlinien für Kinderschutzkonzepte in Einrichtungen und Angeboten der Kinder- und Jugendhilfe.

2. Ein neues Polizeigesetz

Der Landtag hat am 12. Dezember 2018 ein neues Polizeigesetz verabschiedet, genauer: das „Gesetz zur Stärkung der Sicherheit in Nordrhein-Westfalen“. Der Gesetzentwurf der Landesregierung war nach intensiven parlamentarischen Beratungen in den Fachausschüssen und einer Sachverständigenanhörung in einigen Punkten geändert und dann mit den Stimmen von CDU, SPD und FDP verabschiedet worden. Die Grünen stimmten dagegen, die AfD enthielt sich.

Das Gesetz sieht u. a. mehr Befugnisse für die Polizei vor – etwa den Einsatz elektronischer Fußfesseln, die Ausweitung der Videobeobachtung und das Auslesen sogenannter Messenger-Dienste. Verdächtige sollen zudem länger in Gewahrsam genommen werden können.

3. Kampf gegen Rechtsextremismus und Antisemitismus

In einer Aktuellen Stunde am 21. Dezember 2017 setzte das Plenum ein klares Zeichen gegen Antisemitismus. Anlass waren Demonstrationen in Berlin gegen die Entscheidung des damaligen US-Präsidenten Donald Trump, Jerusalem als israelische Hauptstadt anzuerkennen. Dabei wurden israelische Flaggen verbrannt und antisemitische Parolen gerufen. Die jüdische Gemeinde in Mülheim/Ruhr sagte daraufhin aus Sicherheitsbedenken eine öffentliche Feier zum Chanukka-Fest ab. Die Abgeordneten waren alarmiert.

In der Folge des Nahost-Konflikts im Mai 2021 kam es erneut zu antisemitischen Demonstrationen und Übergriffen – auch in Nordrhein-Westfalen. In einer Aktuellen Stunde am 20. Mai 2021 stellten sich die Abgeordneten an die Seite der Jüdinnen und Juden im Land und sicherten ihnen ihre Solidarität zu. Zuvor hatte sich bereits der Innenausschuss in einer Sonder-sitzung mit dem Thema befasst.

In einer Aktuellen Stunde am 26. Juni 2019 ging es um den Mord an dem Kasseler Regierungspräsidenten und CDU-Politiker Dr. Walter Lübcke am 1. Juni 2019. Der später zu lebenslanger Haft verurteilte Täter hatte einen rechtsextremistischen Hintergrund. Zudem waren Morddrohungen gegen die Kölner Oberbürgermeisterin Henriette Reker und den Bürgermeister der Stadt Altena, Andreas Hollstein, bekannt geworden. Beide waren bereits 2015 beziehungsweise 2017 Opfer rechtsextremer Gewalttaten geworden. Ziel von Hass, Hetze und Gewalt wurden aber auch Journalistinnen und Journalisten, Polizei- und Rettungskräfte, Beschäftigte in Kommunalverwaltungen, ehrenamtlich Aktive und andere mehr. Darüber hat der Landtag am 22. Januar 2020 in einer Aktuellen Stunde debattiert.

Die Themen „Rechtsextremismus“ und „Antisemitismus“ wurden im Landtag auch abseits der Plenardebatten diskutiert. Bei einem Parlamentsgespräch am 12. Februar 2019, zu dem Landtagspräsident André Kuper eingeladen hatte, ging es um Antisemitismus. Es diskutierten u. a. die Beauftragte der Landesregierung gegen Antisemitismus, Sabine Leutheus-

ser-Schnarrenberger, und der Vizepräsident des Zentralrats der Juden in Deutschland, Abraham Lehrer. Kuper sagte: „Es ist nach wie vor ein aktuelles Thema in unserem Land. Damit werden wir uns nicht abfinden. Wenn unsere Demokratie wehrhaft ist, dann ist sie es besonders in diesem Punkt.“

Am 2. September 2019 war die Holocaust-Überlebende Inge Auerbacher zu Gast im Landtag. 1942 wurde sie als Kind von den Nazis ins Konzentrationslager Theresienstadt verschleppt. 20 ihrer nächsten Verwandten starben dort. Auerbacher war aus New York angereist, um mit Jugendlichen über die Schrecken und den Terror im Nationalsozialismus zu sprechen. Ihre Botschaft: „Macht nicht mit bei diesen blöden Menschen. Es kommt nur zu Unheil für dieses Land. Lauft nicht mit, nur weil sie schöne Feste machen. So hat Hitler auch angefangen.“

Am 27. Januar 2022 erinnerte der Landtag an die Befreiung des Konzentrations- und Vernichtungslagers Auschwitz durch Soldaten der Roten Armee. Es war der 77. Jahrestag. Zum Gedenken an die Opfer verabschiedete der Landtag einstimmig einen Antrag der Fraktionen von CDU, SPD, FDP und Grünen, in dem es hieß: „Antisemitismus hat keinen Platz in unserer Gesellschaft. Das Vertreten antisemitischer Positionen ist keine Meinungsäußerung, sondern Ausdruck von Menschenfeindlichkeit und widerspricht den Werten unseres Grundgesetzes und unserer demokratischen Gesellschaft. Es ist die gemeinsame Aufgabe von Politik und Zivilgesellschaft, sich solchen Äußerungen entschieden entgegenzustellen und klarzumachen, dass Nordrhein-Westfalen sich gegen Hass und Hetze, Antisemitismus, Rassismus und jede Art von Diskriminierung stellt.“

Während einer Gedenkstunde hatten Landtag und Landesregierung zuvor an die Opfer des Nationalsozialismus erinnert. Die Holocaust-Überlebende Tamar Dreifuss, 1938 im litauischen Wilna geboren, schilderte Abgeordneten und Gästen in bewegenden Worten, wie ihrer Mutter und ihr die Flucht aus dem Durchgangslager Tauroggen gelang. „Ich bin durch die Hölle gegangen“, sagte die 83-jährige Zeitzeugin.

4. Clan-Kriminalität

Der Landtag hat am 15. November 2018 in einer Aktuellen Stunde über Gefahren debattiert, die von sogenannten Shisha-Bars ausgehen. Anlass war ein Vorfall in Bochum am 10. November 2018, bei dem mehrere Gäste Kohlenmonoxid-Vergiftungen erlitten hatten. Die Fraktionen von CDU und FDP hatten die Aktuelle Stunde beantragt. Allerdings gingen von den Bars nicht nur gesundheitliche Gefährdungen aus. Sie seien auch „Rückzugsorte für kriminelle Geschäftsmodelle“. Die Fraktionen nannten in diesem Zusammenhang die „Clankriminalität“. Am 29. November 2019 debattierte der Landtag erneut über kriminelle Clans. Der Aussprache lagen Anträge der Fraktionen von CDU und FDP zugrunde.

Anlass waren aktuelle Zahlen u. a. zu Kontrollen und Razzien in Nordrhein-Westfalen.

V. Bildung

1. Rückkehr zum Abitur nach neun Jahren

Ein zentrales Thema der Schul- und Bildungspolitik der 17. Wahlperiode war die Rückkehr zum Abitur nach neun Jahren. Am 11. Juli 2018 hatte der Landtag die grundsätzliche Wiedereinführung des neunjährigen Bildungsgangs an Gymnasien (G9) beschlossen. Mit den Stimmen der Fraktionen von CDU und FDP wurde der Gesetzentwurf der Landesregierung angenommen. Die Oppositionsfraktionen von SPD, Grünen und AfD enthielten sich der Stimme. Das Gesetz enthielt „die Leitentscheidung der grundsätzlichen Umstellung auf den neunjährigen Bildungsgang an den öffentlichen Gymnasien, die Regelung einer einmaligen gemeinsamen Entscheidung von Schulkonferenz und Schulträger über die Beibehaltung von G8 sowie die Ermöglichung der individuellen Verkürzung des neuen neunjährigen Bildungsgangs am Gymnasium auch in Gruppen“. Die Änderung trat zu Beginn des Schuljahres 2019/2020 in Kraft.

Die Landesregierung hatte den Gesetzentwurf am 22. März 2018 in den Landtag eingebracht. Die Abkehr vom Abitur nach acht Jahren (G8) wurde von allen Fraktionen unterstützt. Der Entwurf löste bei der Opposition dennoch Kritik in Details aus.

2. „Fridays for Future“

Greta Thunberg, eine damals 15-jährige Klimaschutzaktivistin aus Schweden, verweigerte im August 2018 erstmals den Schulunterricht. Stattdessen demonstrierte sie vor dem Reichstagsgebäude in Stockholm drei Wochen lang täglich für den Klimaschutz. Im September kündigte sie an, ihren Unterrichtsboykott an Freitagen fortzusetzen, bis die schwedische Klimapolitik den Grundsätzen des Pariser Klimaabkommens entspreche. Zahlreiche Schülerinnen, Schüler und Studierende weltweit schlossen sich der Aktion „Fridays for Future“ an – auch in Nordrhein-Westfalen. Den Unterricht ließen sie dafür ausfallen. Dies sorgte für kontroverse Debatten im Landtag – zum Beispiel am 20. Februar 2019 in einer Aktuellen Stunde.



Junge Menschen demonstrierten 2019 auch vor dem Landtag für mehr Klimaschutz.

3. Kita-Finanzierung

Mit den Stimmen der Fraktionen von CDU und FDP wurde am 29. November 2019 der Entwurf der Landesregierung für das „Gesetz zur qualitativen Weiterentwicklung der frühen Bildung“ in dritter Lesung verabschiedet. Das Gesetz hat zum Ziel, die Grundlagen für eine „dauerhaft tragfähige Finanzierung“ der Kinderbetreuung zu schaffen. Es sah u. a. vor, dass das Land und örtliche Träger der öffentlichen Jugendhilfe je zur Hälfte rund 750 Millionen Euro für die Kindertagesbetreuung zusätzlich zur Verfügung stellen. Mit dem Geld sollten die Qualität der Betreuung verbessert und das zweite beitragsfreie Kita-Jahr finanziert werden; zuvor war nur das letzte Jahr in der Kita kostenfrei. Gegen das Gesetz stimmten die Fraktionen von SPD, Grünen und AfD.

Während einer Anhörung am 30. September 2019 hatten sich Sachverständige zum Gesetzentwurf der Landesregierung geäußert. Sie stimmten darin überein, dass in NRW mehr Geld für die Kindertagesbetreuung zur Verfügung gestellt werden müsse. Unterschiedliche Auffassungen herrschten allerdings bei der Frage, wer das zusätzliche Geld aufbringen müsse.

VI. Energie und Wirtschaft

1. Ruhr-Konferenz

Im Ruhrgebiet endete eine Ära: Am 21. Dezember 2018 schloss mit Prosper-Haniel in Bottrop die letzte deutsche Zeche. Das Revier, gut 200 Jahre vom Steinkohlebergbau geprägt und mit rund 5,1 Millionen Einwohnerinnen und Einwohnern und einer Fläche von mehr als 4.400 Quadratkilometern der größte Ballungsraum Deutschlands, steht vor neuen Herausforderungen. Wie die Landesregierung sie meistern wollte, teilte sie am 25. April 2018 in ihrer Unterrichtung „Gemeinsam für Aufstieg, Sicherheit und Zukunft der Arbeit – Start der Ruhr-Konferenz“ mit.

Die Ruhr-Konferenz gebe der Metropolregion Ruhr einen starken Impuls, sagte der damalige Ministerpräsident Armin Laschet (CDU). Geplant sei ein Dialog mit Wirtschaft, Wissenschaft, Kultur und Gesellschaft über laufende Projekte und Ideen. Als Ziele nannte Laschet wirtschaftliche Impulse, Innere Sicherheit, Bildung und neue Arbeitsplätze durch Innovationen aus den Hochschulen.

SPD-Fraktionschef Thomas Kutschaty kritisierte die Ausführungen Laschets als „ziellos, ambitionslos und in weiten Teilen sogar inhaltsleer“. Nötig seien Industrieplattformen, die zu neuer Wertschöpfung, neuen Produkten und Arbeitsplätzen führten. Als Maßnahmen nannte Kutschaty u. a. einen Altschuldenfonds für Kommunen und eine Sozialstaatsreform, die insbesondere strukturschwache Kommunen entlasten solle.

„Was der Ministerpräsident beschrieben hat, das waren endlich Lösungen für Probleme, die SPD und die Grünen in ihrer Regierungszeit nicht angepackt haben“, erwiderte CDU-Fraktionschef Bodo Löttgen. Aufgabe der Ruhr-Konferenz sei, Strategien zu entwickeln, Stärken zu identifizieren und existierende Ideen weiterzuentwickeln.

„Ihre Rede war eine einzige Enttäuschung für dieses Parlament und die Menschen, die im Ruhrgebiet leben“, sagte Mehrdad Mostofizadeh (Grüne) mit Blick auf den Ministerpräsidenten. Es müsse z. B. in die Mobilität im

Ruhrgebiet investiert werden, insbesondere in Fahrradwege und den Öffentlichen Nahverkehr. Auch für den sozialen Arbeitsmarkt brauche es neue Konzepte.

Die Schaffung neuer Perspektiven fürs Ruhrgebiet sei eine Gemeinschaftsaufgabe, sagte FDP-Fraktionschef Christof Rasche. Bund, Land und Kommunen müssten sich beteiligen. „Wir müssen mit den Menschen sprechen, nicht über sie“, sagte er. Bildung sei der Schlüssel.

Die Landesregierung wolle bei der Konferenz offenbar Ideen sammeln, die sie selbst nicht habe, sagte Christian Loose (AfD). Mit Schwarz-Gelb komme der „wirtschaftliche Tod nur schleichender“ als unter der Vorgängerregierung. Wer mit offenen Augen durch das Ruhrgebiet laufe, brauche keine Ruhr-Konferenz.

2. Abschied vom Steinkohlebergbau

Der 12. September 2018 war im Düsseldorfer Landtag ein Tag des Abschieds. Es war ein Tag voller Wehmut, zugleich aber auch voller Zuversicht. Mit einem gemeinsamen Festakt verabschiedeten sich die Kohleländer Nordrhein-Westfalen und Saarland kurz vor Schließung der beiden letzten Zechen vom Steinkohlebergbau. Mit dem Festakt sollten die Verdienste dieses Industriezweigs und der Bergleute gewürdigt werden.

Eingeladen hatten die Präsidenten der Landtage von Nordrhein-Westfalen und des Saarlands, André Kuper und Stephan Toscani. Mehr als 500 Gäste kamen im nordrhein-westfälischen Parlament zusammen – darunter eine Delegation aus dem saarländischen Landesparlament, der frühere NRW-Ministerpräsident Dr. Jürgen Rüttgers (CDU), in dessen Regierungszeit die Kohleausstiegsentscheidung gefallen war, sowie die beiden früheren Regierungschefs Wolfgang Clement und Hannelore Kraft (beide SPD), Mitglieder der aktuellen Landesregierungen aus Düsseldorf und Saarbrücken, der Vorstandsvorsitzende der RAG-Stiftung, Bernd Tönjes, weitere Spitzenvertreterinnen und -vertreter der Stiftung und des Bergbaukonzerns RAG AG, Vertreterinnen und Vertreter von Gewerkschaften, Kirchen, Medien, Kultur, Wirtschaft und des Konsularischen Korps.

Auf der Besuchertribüne des Landtags hatten 120 Bergleute aus den beiden letzten deutschen Zechen in Bottrop und Ibbenbüren in ihren traditionellen weißen Bergmannskitteln Platz genommen. „Wehmut, Dankbarkeit, Zuversicht“ – so fasste der saarländische Ministerpräsident Tobias Hans (CDU) seine Gefühle zusammen. Diese Begriffe prägten den gesamten Festakt im Plenarsaal. Wehmut angesichts der historischen Zäsur, Dankbarkeit für die Leistung der Bergleute, aber auch Zuversicht für die Zukunft der Bergbauregionen. Und so sang der Ruhrkohle-Chor zu Beginn nicht nur ein traditionelles Bergmannslied, sondern auch „You’ll never walk alone“ – eine Hymne, in der es um den vertrauensvollen Blick in die Zukunft geht.

Der Präsident des Landtags Nordrhein-Westfalen, André Kuper, betonte: „Wir verneigen uns vor dem Lebenswerk der Bergleute.“ Mit der letzten Schicht im Dezember gehe eine Ära zu Ende, die das Land Nordrhein-Westfalen geprägt habe. Der Steinkohlebergbau habe maßgeblich zum heutigen Wohlstand beigetragen. Er sagte, dass die Steinkohle den Wiederaufbau Deutschlands nach dem Zweiten Weltkrieg ermöglicht habe und zitierte eine Zeile aus dem Lied „Bochum“ von Herbert Grönemeyer: „Dein Grubengold hat uns wieder hochgeholt.“

Auch der nordrhein-westfälische Ministerpräsident Armin Laschet (CDU) blickte zurück auf die Leistung des Steinkohlebergbaus. Die Kohle sei der „Brennstoff für Wiederaufbau und das Wirtschaftswunder“ gewesen. Laschet dankte den Hunderttausenden Bergleuten, die einen Beitrag zum Wohlstand des Landes geleistet hätten. Und er hob hervor, dass darunter viele Menschen aus anderen Ländern gewesen seien. „Auch ihnen gilt unser ganz besonderer Dank.“ NRW richte nun den Blick nach vorne und werde Konzepte für neue Perspektiven in den Bergbauregionen entwickeln.

Die Bergleute trügen mit Stolz den Bergbau zu Grabe, sagte der Vorsitzende der Industriegewerkschaft Bergbau, Chemie, Energie, Michael Vassiliadis, und ergänzte: „Dies ist ein Tag des Respekts, nicht der Freude.“ Die Kumpel seien stolz auf das Geleistete, auf ihre Arbeit unter Extrembedingungen und auf ihre Loyalität gegenüber ihrem Land. Für den anstehenden Strukturwandel wünsche er sich, dass er auf den politischen, sozialen und wirtschaftlichen Errungenschaften in Deutschland aufbauen werde.

„Wehmut, Dankbarkeit, Zuversicht“ – unter diesem Eindruck klang der Festakt musikalisch aus. Der Ruhrkohle-Chor sang gemeinsam mit dem Kinder- und Jugendchor der Chorakademie Dortmund die „Hymne an die Zukunft“ und ganz zum Schluss, wie konnte es anders sein, das „Steigerlied“.



Mitglieder der Grubenwehr verlassen nach der Feierstunde am 12. September 2018 den Landtag.

3. Der Ausstieg aus der Braunkohle und die Zukunft der Energiepolitik

Im Landtag ging es nicht nur um das Ende der Steinkohle-Ära, auch der Ausstieg aus der Braunkohle stand mehrfach auf der Tagesordnung. Zum Beispiel bei einer Plenardebatte am 13. Juni 2018, bei der die auf Bundesebene geplante Kommission zur Zukunft der Kohleverstromung im Mittelpunkt stand. Diese Kommission hatte die Entscheidung zum Kohleausstieg vorbereitet. Der Debatte lag ein Antrag der Fraktionen von CDU und FDP zugrunde. Der Titel lautete „Zukunft der Kohleverstromung ökonomisch und sozial verantwortbar gestalten – Kommission ‚Wachstum, Strukturwandel und Beschäftigung‘ muss Interessen des Industrie- und Energielandes Nordrhein-Westfalen im Blick haben“.

4. Debatte um den Hambacher Forst

Das Rheinische Braunkohlerevier stand am 10. Oktober 2018 erneut im Mittelpunkt einer kontroversen Plenardebatte. Hintergrund war der vom Oberverwaltungsgericht Münster in einem Eilverfahren verfügte vorläufige Rodungsstopp im Hambacher Forst. Der Energieversorger RWE durfte den Wald nicht roden, bis über die Klage des Bundes für Umwelt und Naturschutz gegen den Hauptbetriebsplan 2018–2020 für den Braunkohletagebau Hambach entschieden war. Grundlage der Debatte war eine Unterrichtung der Landesregierung über ihre Planungen zu aktuellen energie- und klimapolitischen Herausforderungen. Verbunden war sie mit einer von der Grünen-Fraktion beantragten Aktuellen Stunde („Gericht verhängt Rodungsstopp im Hambacher Wald – Landesregierung muss sich jetzt der politischen Verantwortung für das Rheinische Revier stellen“) sowie dem ebenfalls von den Grünen eingebrachten Antrag „Gesellschaftlichen Konsens zum Kohleausstieg ernst nehmen: Rodungsmoratorium und neue Leitentscheidung jetzt!“.

5. Die Zukunft des Rheinischen Reviers

Was kommt, wenn die (Braun-)Kohle geht? Diese Frage stand am 20. Februar 2019 im Mittelpunkt einer Landtagsdebatte. Zuvor hatte Ministerpräsident Armin Laschet in einer Unterrichtung des Landtags die Haltung der Landesregierung zum geplanten Ausstieg aus der Kohleverstromung und den damit verbundenen Strukturwandel im Rheinischen Braunkohlerevier erläutert. Nach Willen der von der Bundesregierung eingesetzten Kohlekommission soll Deutschland spätestens bis 2038, so der damalige Stand, die Kohleverstromung beenden.

Im März 2021 stellte die Landesregierung im Plenum Details ihrer sogenannten Leitentscheidung vor. Mit ihr wurden die Eckpunkte für die Zukunft des Rheinischen Braunkohlereviers festgelegt. Die Unterrichtung trug den Titel „Leitentscheidung 2021: Neue Perspektiven für das Rheinische Braunkohlerevier – Kohleausstieg entschlossen vorantreiben, Tagebau verkleinern, CO₂ noch stärker reduzieren“. In die Leitentscheidung waren laut Landesregierung auch Anregungen und Forderungen von Bür-

gerinnen und Bürgern, Kommunen und Verbänden aus dem Beteiligungsprozess aufgenommen worden.

Die Leitentscheidung wurde am 23. März 2021 vom Kabinett beschlossen. Sie sah u. a. vor, dass die Entscheidung zur Umsiedlung von fünf Dörfern am Rande des Braunkohletagebaus Garzweiler erst Ende 2026 fallen soll. Bis dahin sollten Keyenberg, Berverath, Kuckum sowie Ober- und Unterstrich nicht für den Kohleabbau in Anspruch genommen werden. Der Hambacher Forst sollte erhalten bleiben. Die Abstände zwischen Abbaubieten und Wohnbebauung wurden auf bis zu 500 Meter erhöht.



Schaufelbagger im Rheinischen Bergbauggebiet – ein Bild, das bald der Vergangenheit angehören wird.

Foto: Frank Kuschmierz – shutterstock

6. Hilfen für die Kohleregionen

Drei Monate später war der Ausstieg aus der Kohleverstromung beschlossene Sache. In das Rheinische Braunkohlerevier sollen nach einer Entscheidung des Bundeskabinetts bis 2038 rund 15 Milliarden Euro fließen. Wie der Strukturwandel gelingen kann, darüber debattierte der Landtag. Vorausgegangen war eine Unterrichtung der Landesregierung unter dem Titel „Klima-Konsens 1:1 umsetzen – neue Arbeitsplätze und Zukunftsperspektiven für die Kohleregionen“.

7. Debatte über Energiewende

Am 10. Juli 2019 stellte die Landesregierung dem Landtag ihre Strategie für die künftige Energieversorgung in Nordrhein-Westfalen vor. Hintergrund der Unterrichtung durch Wirtschaftsminister Prof. Dr. Andreas Pinkwart (FDP) war der beschlossene Ausstieg aus der Kohleverstromung. Pinkwart sagte, die vorgestellte Strategie stelle die Weichen „für eine gleichermaßen klimaverträgliche, sichere und bezahlbare Energieversorgung“. Ziel sei, vom Jahr 2035 an, spätestens aber ab 2038 ganz auf die Kohleverstromung in NRW zu verzichten. Angestrebt werde u. a. ein „starkes Wachstum“ bei Windkraft- und Photovoltaikanlagen, deren Stromerzeugung bis 2030 verdoppelt werden solle. Auch Gaskraftwerke sollen einen wichtigen Beitrag zur Energieversorgung leisten. Kritik der Opposition: Die Landesregierung formuliere viele Ziele, aber zu wenig Maßnahmen. Die Strategie sei nicht konkret, viele Fragen blieben offen. Die regierungstragenden Fraktionen wiesen die Kritik zurück.

VII. Verkehr

1. Diskussion um Dieselfahrverbote

Der sogenannte Dieselskandal war ein wichtiges Thema der 17. Wahlperiode. Autohersteller hatten Manipulationen an Fahrzeugen vorgenommen – mit der Folge, dass gesetzlich vorgeschriebene Abgasgrenzwerte zwar auf dem Prüfstand eingehalten wurden, nicht jedoch im Normalbetrieb auf der Straße.

Besitzerinnen und Besitzer von Dieselfahrzeugen waren besorgt – es drohten Fahrverbote. Am 28. Februar 2018 stand das Thema im Landtag auf der Tagesordnung. Nur einen Tag zuvor hatte das Bundesverwaltungsgericht in Ausnahmefällen solche Fahrverbote zur Verbesserung der Luft erlaubt. In einer Aktuellen Stunde debattierten die Abgeordneten über das Urteil. Die Landesregierung zeigte sich zuversichtlich, die Einhaltung der Grenzwerte auch ohne Fahrverbote zu erreichen, die Grünen forderten ein „verbindliches Hardwareupdate“ auf Kosten der Autoindustrie für die betroffenen Fahrzeuge. Die CDU-Fraktion warnte vor schweren wirtschaftlichen Schäden bei Fahrverboten, die SPD forderte von der Landesregierung einen „Maßnahmenkatalog“, um ein Verkehrschaos bei einem möglichen Fahrverbot zu verhindern. Die FDP-Fraktion sah in Fahrverboten eine „unzumutbare Einschränkung individueller Mobilität“, die AfD sprach von „Staatsversagen mit Ansage“.

Am 21. März 2018 stand das Thema erneut auf der Tagesordnung des Landtags. In einem Punkt waren sich alle einig: Fahrverbote für Dieselfahrzeuge sollten in Nordrhein-Westfalen vermieden werden. Die Landesregierung erklärte, wie sie dieses Ziel erreichen wolle – u. a. mit mehr Elektro- und Wasserstoffantrieben, neuen Verkehrskonzepten für Städte und Gemeinden sowie für Bus und Bahn. Der Opposition reichte das nicht.

Das Thema blieb auch in den folgenden Monaten aktuell. Am 8. November 2018 hatte das Verwaltungsgericht Köln entschieden, dass die Städte Köln und Bonn von April 2019 an Fahrverbote für bestimmte Schadstoffklassen erlassen müssten. Wenige Tage später, am 14. November, gab es im Plenum eine weitere Aktuelle Stunde dazu.

Die „Entwarnung“ kam im Juni 2021. Erneut waren die Luftqualitätswerte und der Verkehr in Nordrhein-Westfalen Thema einer Aktuellen Stunde. Hintergrund: Die Deutsche Umwelthilfe (DUH) hatte in der Vergangenheit gegen die Luftreinhaltepläne mehrerer nordrhein-westfälischer Städte geklagt. Land, Kommunen und DUH hatten mittlerweile außergerichtliche Vergleiche geschlossen und sämtliche Klagen beendet. Erstmals seien 2020 die Werte in ganz Nordrhein-Westfalen eingehalten worden.



Dicke Luft durch Dieselfahrzeuge: Ein Thema, das Nordrhein-Westfalen ab 2018 beschäftigte.

2. Anliegerbeiträge für den Straßenausbau

Die Straßenausbaubeiträge sorgten in der 17. Wahlperiode für kontroverse Diskussionen. Die SPD-Fraktion wollte die Beiträge abschaffen und hatte dazu einen Gesetzentwurf vorgelegt. Begründung: Werde eine kommunale Straße erneuert oder verbessert, beteilige die jeweilige Gemeinde die Grundstückseigentümerinnen und -eigentümer an den Kosten. Die finanziellen Belastungen könnten für Betroffene im Einzelfall sehr hoch sein und fünfstelligen Summen erreichen. Zahlreiche Zuhörerinnen und Zuhörer verfolgten im Plenarsaal eine gemeinsame Sachverständigenanhörung des Ausschusses für Kommunales, Bauen und Wohnen sowie des Verkehrsausschusses.

Der Gesetzentwurf der SPD-Fraktion wurde in der Plenarsitzung am 24. März 2022 abgelehnt. Mehrheitlich angenommen wurde dagegen ein Antrag von CDU und FDP. Demzufolge sollte die Landesregierung dem Landtag bis zum 30. Juni 2022 ein Konzept vorlegen, „wie die Verpflichtung zur Erhebung von Straßenausbaubeiträgen aufgegeben werden kann“. Die Regelung solle rückwirkend ab 2020 gelten.

3. Sorge um die Brücken

Zwei Autobahnbrücken haben den Landtag in der 17. Legislaturperiode besonders beschäftigt: die Leverkusener Rheinbrücke (A 1) und die Rahmedetalbrücke bei Lüdenscheid (A 45).

Um Verzögerungen beim Neubau der maroden Leverkusener Rheinbrücke ging es in einer Aktuellen Stunde am 29. April 2020. Die Fraktionen von SPD, Grünen und AfD hatten die Debatte unabhängig voneinander beantragt. Am 24. April 2020 habe der damalige Verkehrsminister Hendrik Wüst (CDU) den Vertrag mit der ausführenden Baufirma aus Österreich gekündigt, hatten die Grünen in ihrem Antrag geschrieben. Medienberichten zufolge drohten „jahrelange Verzögerungen und sogar eine Verdoppelung der Baukosten“. Der Landesbetrieb Straßen.NRW habe schon vor mehr als einem Jahr auf Probleme hingewiesen und empfohlen, die Verträge mit der Firma zu kündigen, betonte die SPD-Fraktion in ihrem Antrag. Verkehrsminister Wüst habe darüber weder das Parlament noch die Öffentlichkeit informiert. Der Hauptgrund für die Vertragskündigung seien mangelhafte Stahlbauteile aus China, hieß es im Antrag der AfD-Fraktion.

Verkehrsminister Wüst verteidigte die Kündigung des Vertrags mit dem Generalunternehmen wegen der Probleme beim Neubau. Er stehe hinter dieser Entscheidung. Es seien „gravierende Mängel“ bei der Verarbeitung der Stahlbauteile festgestellt worden. Diese könnten nicht akzeptiert werden. Natürlich wolle auch er, dass der Neubau so schnell wie möglich fertiggestellt werde. Bei Qualität und Sicherheit dürfe es aber keine Abstriche geben. Wüst kündigte eine schnelle Neuausschreibung an. Die Fertigstellung der Brücke sei für September 2023 geplant.

An der Rahmedetalbrücke bei Lüdenscheid waren im Dezember 2021 ebenfalls massive Schäden entdeckt worden. Die A 45-Talbrücke wurde daraufhin gesperrt. Sie sollte gesprengt und durch ein neues Bauwerk ersetzt werden. Anwohnerinnen und Anwohner der Umleitungsstrecken klagten seitdem über lange Umwege, Staus sowie Abgas- und Lärmbelästigungen, vor allem durch Lastwagen.

VIII. Untersuchungsausschüsse und Enquetekommissionen

1. Parlamentarische Untersuchungsausschüsse

Der Landtag hatte in der 17. Wahlperiode fünf Parlamentarische Untersuchungsausschüsse (PUA) eingesetzt:

PUA I („Fall Amri“): Der Ausschuss befasste sich mit Bezügen des tunesischen Islamisten Anis Amri nach Nordrhein-Westfalen. Amri hatte am 19. Dezember 2016 das Attentat auf dem Berliner Breitscheidplatz verübt. Dabei kamen insgesamt 13 Menschen ums Leben, mehr als 50 wurden zum Teil schwer verletzt. Der Attentäter wurde auf der Flucht von Polizisten in Italien erschossen. Amri hatte sich vor dem Anschlag zeitweise in Nordrhein-Westfalen aufgehalten.

PUA II („Hackerangriff/Stabsstelle“): Im Mittelpunkt standen ein vermeintlicher Hackerangriff auf die frühere Umweltministerin Christina Schulze Föcking (CDU) sowie die Auflösung der Stabsstelle Umweltkriminalität im Ministerium. Der vermeintliche Hackerangriff hatte sich wenig später als Bedienfehler innerhalb des privaten Computernetzes der Familie herausgestellt.

PUA III („Kleve“): Es ging um den Tod eines zu Unrecht inhaftierten Syrers in der Justizvollzugsanstalt Kleve. Der 26-jährige Amad A. hatte mehr als zwei Monate lang aufgrund einer Verwechslung in der Justizvollzugsanstalt Kleve eingesperrt, bevor er am 29. September 2018 an den Folgen eines Brandes in seiner Zelle starb.

PUA IV („Kindesmissbrauch“): Thema war der jahrelange sexualisierte Kindesmissbrauch auf einem Campingplatz in Lügde (Kreis Lippe). Der Untersuchungsausschuss legte zum Abschluss der Wahlperiode einen Zwischenbericht vor. In der 18. Wahlperiode befasste sich erneut ein Parlamentarischer Untersuchungsausschuss mit dem Thema.

PUA V („Hochwasserkatastrophe“): Mehr als 180 Menschen kamen Mitte Juli 2021 bei einer Unwetterkatastrophe ums Leben, davon rund 50 in Nordrhein-Westfalen. Vorausgegangen war tagelanger Starkregen, der in Teilen des Landes zu schweren Überflutungen geführt hatte. Mit diesem Thema befasst sich auch in der 18. Wahlperiode ein Parlamentarischer Untersuchungsausschuss.

2. Enquetekommissionen

Fünf Enquetekommissionen wurden in der 17. Wahlperiode eingesetzt. Die Kommissionen bereiten Entscheidungen über umfangreiche und bedeutende Sachkomplexe vor. Bei den Mitgliedern handelt es sich um Abgeordnete und externe Sachverständige. Enquetekommissionen legen dem Landtag Berichte und Empfehlungen spätestens bis zum Ende der Wahlperiode vor.

Die Enquetekommissionen der 17. Wahlperiode:

- „Digitale Transformation der Arbeitswelt in Nordrhein-Westfalen“ (eingesetzt auf Antrag der SPD-Fraktion)
- „Brexit: Auswirkungen auf Nordrhein-Westfalen“ (eingesetzt auf Antrag der Grünen-Fraktion)
- „Subsidiarität und Partizipation. Zur Stärkung der (parlamentarischen) Demokratie im föderalen System aus nordrhein-westfälischer Perspektive“ (eingesetzt auf Antrag der CDU-Fraktion)
- „Einsamkeit – Bekämpfung sozialer Isolation in Nordrhein-Westfalen und der daraus resultierenden physischen und psychischen Folgen auf die Gesundheit“ (eingesetzt auf Antrag der AfD-Fraktion)
- „Gesundes Essen. Gesunde Umwelt. Gesunde Betriebe. – Zukunftschancen für die nordrhein-westfälische Landwirtschaft gestalten, mittelständische Betriebe stärken, hohe Standards in Ernährung und Umweltschutz gemeinsam sichern.“ (eingesetzt auf Antrag der FDP-Fraktion)

Die Abschlussberichte der Enquetekommissionen sowie die Berichte der Untersuchungsausschüsse sind auf der Internetseite des Landtags abrufbar (www.landtag.nrw.de).

IX. Das Haus der Bürgerinnen und Bürger

Im Landtag schlägt das Herz der nordrhein-westfälischen Demokratie – hier werden die politischen Entscheidungen getroffen, die das Leben jeder Bürgerin und jedes Bürgers alltäglich betreffen. Das Landesparlament versteht sich aber zugleich als offenes und transparentes Haus, als das „Haus der Bürgerinnen und Bürger“. Jedes Jahr kommen mehr als 70.000 Menschen aus dem ganzen Bundesland zu Besuch. Auf Initiative des Präsidenten des Landtags, André Kuper, wurden die Angebote für Besucherinnen und Besucher in der 17. Wahlperiode nochmals ausgebaut und weiter gestärkt.

Im September 2018 feierte das Landtagsgebäude am Düsseldorfer Rheinufer seinen 30. Geburtstag: 1988 war der spektakuläre Parlamentsneubau, errichtet auf einem früheren Hafengelände, feierlich eröffnet worden. Anlässlich dieses Jubiläums lud der Präsident erstmals für den 28. und 29. September 2018 zu „Parlamentsnächten“ ein. Mehrere Tausend Gäste besuchten den Landtag und feierten mit – bei einem bunten Programm aus Information und Unterhaltung. Die Fraktionen präsentierten sich den Bürgerinnen und Bürgern mit eigenen Angeboten.

„Seit 30 Jahren schlägt das politische und demokratische Herz Nordrhein-Westfalens in diesem Parlament am Rhein. Das ist Anlass genug, heute und morgen die Türen des Hauses der Bürgerinnen und Bürger weit zu öffnen. Neben Unterhaltung geht es auch darum, Demokratie zur Leidenschaft zu machen und in den Alltag mitzunehmen“, sagte der Präsident des Landtags, André Kuper.

Nach der erfolgreichen Premiere fand auch im September des Folgejahres eine Parlamentsnacht mit Tausenden Besucherinnen und Besuchern statt. Kurze Zeit später stellte dann allerdings die Corona-Pandemie das Parlament vor neue Herausforderungen.

Im Parlament nahm unter Leitung des Präsidenten ein Krisenstab seine Arbeit auf, der jederzeit auf die aktuellen Entwicklungen reagierte (siehe

auch Kapitel 2). Ziel: die Arbeitsfähigkeit des Landtags jederzeit zu garantieren. Zugleich wurden mit Blick auf den Gesundheitsschutz Veranstaltungen abgesagt und die Angebote des Besucherdienstes eine Zeit lang ausgesetzt. Der Krisenstab überprüfte die Entscheidungen je nach Pandemielage, lockerte Maßnahmen oder verschärfte sie wieder – immer mit Blick auf den Schutz der Gesundheit und die Arbeitsfähigkeit des Verfassungsorgans. Um weiterhin in Kontakt mit Bürgerinnen und Bürgern zu bleiben, entwickelte das Parlament neue Angebote wie virtuelle Führungen.



Blick vom Rheinturm auf den Landtag während der Parlamentsnacht 2018.

Foto: Zanin

Zum 75. Geburtstag des Landtags lud der Präsident im August 2021 zu einer Festwoche unter freiem Himmel ein: Sieben Tage lang wurde das Parlamentsgebäude in einer Lichtkunstaktion illuminiert – geschaffen von dem Kölner Künstlerduo Detlef Hartung und Georg Trenz. Präsident Kuper betonte bei der Eröffnung der Festwoche: „Der Landtag ist das Symbol der Demokratie in unserem Bundesland und wir lassen es leuchten, um deutlich zu machen: 75 Jahre Nordrhein-Westfalen bedeuten auch 75 Jahre Vertrauen in eine starke Demokratie. Unser Auftrag ist heute, diese Demokratie zu feiern und zukunftsfest zu machen.“

Mit den Parlamentsgesprächen etablierte der Präsident in der 17. Wahlperiode ein Diskussionsforum über gesellschaftlich wichtige Fragen. Themen waren beispielsweise die Zukunft des Föderalismus, der Einfluss Sozialer Medien oder der wieder wachsende Antisemitismus in Deutschland. Auf dem Podium begrüßen konnte der Präsident Wissenschaftler, Medienvertreterinnen und Medienvertreter wie Ulrich Wickert oder Dunya Hayali, die Altbundespräsidenten Joachim Gauck und Christian Wulff oder den ehemaligen Bundesfinanzminister Peer Steinbrück.

Auch die Angebote für Schülerinnen und Schüler wurden ausgebaut: Mit einer Wanderausstellung für weiterführende Schulen, Aktionstagen im Landtag, bei denen die Jugendlichen Politik hautnah erleben konnten, oder speziellen Angeboten in den Schulferien – aufgrund Corona oftmals an der frischen Luft.

Seit 2018 vergibt der Landtag das „NRW-Pressfoto“ und ehrt damit die wichtige Arbeit von Fotojournalistinnen und -journalisten. Im Frühjahr 2022 wurde erstmals der Kunstpreis des Landtags verliehen. Und im September 2021 ging der moderne neue Internetauftritt des Parlaments online – mit einem vielfältigen Informationsangebot für die Bürgerinnen und Bürger.

Teil B: Die Landtagswahl 2022 und der Start in die 18. Wahlperiode





Die Spitzenkandidatin und die Spitzenkandidaten der Parteien im Wahlstudio des ZDF (v. l.): Markus Wagner (AfD), Dr. Joachim Stamp (FDP), Moderatorin Dorthé Ferber, Thomas Kutschaty (SPD), Hendrik Wüst (CDU), Moderatorin Bettina Schausten und Mona Neubaur (Grüne). Foto: Hartmann

1. Der Wahlabend im Landtag

Wochenlanger Wahlkampf auf den Straßen und Plätzen des Landes, Veranstaltungen der Parteien, TV-Debatten und -Duelle, zahlreiche Meinungsumfragen – und dann der Tag der Entscheidung im bevölkerungsreichsten Bundesland: Am 15. Mai 2022 waren rund 13 Millionen Bürgerinnen und Bürger aufgerufen, die Zusammensetzung des neuen Landtags zu bestimmen.

Nach dem Schließen der rund 16.000 Wahllokale war die Spannung im Landtagsgebäude greifbar. Rund 1.000 Medienvertreterinnen und Medienvertreter, Kandidatinnen und Kandidaten sowie Bundesprominenz der Parteien hatten sich versammelt. Aus den zahlreichen Fernsehstudios, die aufgebaut worden waren, wurden live die Prognose und die Hochrechnungen ins ganze Land ausgestrahlt.

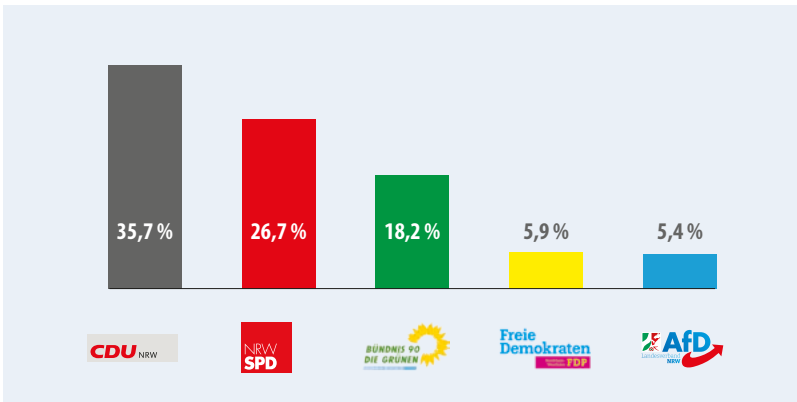
Sie brachten Überraschungen: Nachdem CDU und SPD in den Umfragen noch sehr eng beieinander gelegen hatten, zeigte sich nun ein deutlicher Vorsprung der Regierungspartei von Ministerpräsident Hendrik Wüst (CDU). Die Sozialdemokraten mussten dagegen Verluste verzeichnen – wie auch FDP und AfD. Die Grünen dagegen konnten ihr Ergebnis von 2017 nahezu verdreifachen. Damit war klar: Für eine Neuaufgabe der schwarz-gelben Koalition würde es nicht reichen.

Der Trend verdichtete sich im Laufe des Abends. Nach 18 Uhr strömten dann die Spitzenkandidatin und die Spitzenkandidaten in den Landtag, um den Journalistinnen und Journalisten Rede und Antwort zu stehen.

In den frühen Morgenstunden des Tages nach der Wahl gab die Landeswahlleitung dann das vorläufige amtliche Wahlergebnis bekannt. Demnach kam die CDU auf 35,7 Prozent (2017: 33 Prozent), die SPD auf 26,7 Prozent (31,2 Prozent), die Grünen erreichten 18,2 Prozent (6,4 Prozent), die FDP kam auf 5,9 Prozent (12,6 Prozent) und die AfD auf 5,4 Prozent (7,4 Prozent) der Zweitstimmen. Damit gehören dem Landtag in seiner 18. Wahlperiode 195 Abgeordnete an – vier weniger als zwischen 2017 und Juni 2022. Die CDU kam auf 76 Sitze (2017: 72), die SPD auf 56 (69), die Grünen auf 39 (14) und FDP sowie AfD jeweils auf 12 (28 bzw. 16). Im September

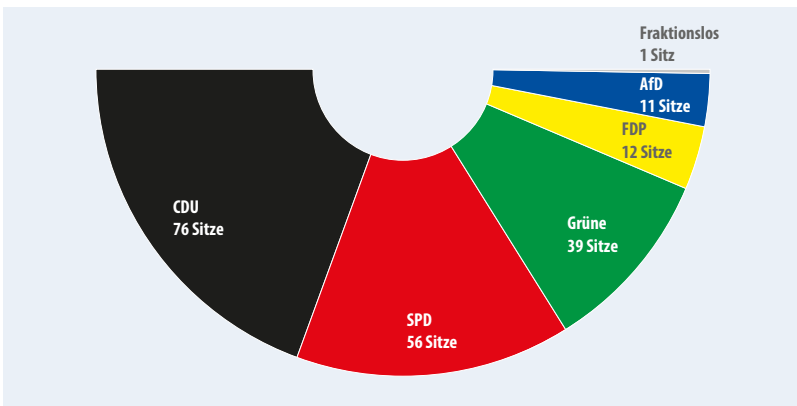
2022 wurde ein Abgeordneter aus der AfD-Fraktion ausgeschlossen. Die Fraktion hatte daraufhin 11 Mitglieder (Stand: März 2023).

Die übrigen 24 Parteien, die zur Wahl zugelassen worden waren, erhielten jeweils weniger als 5 Prozent der Zweitstimmen, sodass sie wegen der Sperrklausel nicht mit Abgeordneten in den Landtag einzogen. Die Linke blieb mit 2,1 Prozent deutlich unter der Fünf-Prozent-Hürde. Mindestens 1 Prozent der Zweitstimmen erhielten neben den Linken auch Die PARTEI



Ergebnis der Landtagswahl vom 15. Mai 2022

Quelle: Landeswahlleiter NRW



Die Sitzverteilung im Parlament mit 195 Abgeordneten. Die AfD hatte ursprünglich 12 Sitze, nach dem Ausschluss eines Mitglieds 11. Stand: März 2023

und die Tierschutzpartei. Alle weiteren Parteien blieben unterhalb der Ein-Prozent-Marke.

Die Wahlbeteiligung lag bei 55,5 Prozent im Vergleich zu 65,2 Prozent im Jahr 2017. Der Anteil der Briefwählerinnen und Briefwähler war mit 27 Prozent dagegen deutlich höher (2017: 14,2 Prozent).

2. Konstituierende Sitzung

„Und jedem Anfang wohnt ein Zauber inne“ – die oft zitierten Worte aus dem Gedicht „Stufen“ von Hermann Hesse, sie gelten auch für konstituierende Sitzungen des nordrhein-westfälischen Landtags. Am Nachmittag des 1. Juni 2022 kamen im Parlamentsgebäude am Düsseldorfer Rhein 195 von den Menschen in Nordrhein-Westfalen gewählte Männer und Frauen erstmals zu einer Plenarsitzung zusammen. Im Plenarsaal, dem Herzen der Demokratie, wurden sie verpflichtet. Der 18. Landtag seit 1946 nahm seine Arbeit auf.

Die feierliche erste Sitzung wurde gemäß den Vorgaben der Verfassung von Alterspräsident Herbert Reul (CDU) eröffnet. Zum Präsidenten und damit obersten Repräsentanten des Landtags wählten die Abgeordneten André Kuper. Der CDU-Politiker aus dem ostwestfälischen Rietberg (Kreis Gütersloh) erhielt 178 von 195 Stimmen. Kuper war bereits in der 17. Wahlperiode (2017 bis Mai 2022) Präsident des Landtags gewesen. Der frühere hauptamtliche Bürgermeister der Stadt Rietberg und Dozent gehört dem Parlament seit 2012 an.

Veränderungen gab es bei der weiteren Zusammensetzung des Präsidiums: Jeweils erstmals in diese Ämter wurden gewählt der 1. Vizepräsident Rainer Schmeltzer von der SPD, die 2. Vizepräsidentin Berivan Aymaz von den Grünen und der 3. Vizepräsident Christof Rasche von der FDP.

Der alte und neue Präsident sagte in seiner Rede: „Das Parlament hat die Aufgabe, zwischen der manchmal unübersichtlich gewordenen Welt und alltäglichen Problemen zu vermitteln. Wir werden die Sorgen und Nöte der Menschen aufgreifen, sie in den Landtag einbringen und nach konkreten

Lösungen suchen. Das Land steht vor großen Herausforderungen. Die großen Fragen unserer Zeit sind auch die Fragen dieses Parlaments: Klimawandel und Energiewende, der Schutz der Kinder, der Krieg in Europa und die Inflation. Die Zeitenwende und die Folgen des Ukrainekriegs treffen jeden einzelnen und jede einzelne in Nordrhein-Westfalen; sei es beim Einkauf, beim Tanken, beim Heizen. In der jetzt begonnenen Wahlperiode gilt mehr denn je: Demokratie ist unsere Aufgabe, Frieden unsere Verpflichtung.“



Das neue Präsidium (v. l.): Vizepräsident Rainer Schmeltzer, Präsident André Kuper, Vizepräsidentin Berivan Aymaz und Vizepräsident Christof Rasche.

3. Die Landesregierung nimmt die Arbeit auf

Die Koalitionsverhandlungen zwischen CDU und Grünen verliefen geräuschlos, nur wenig drang im Mai und Juni aus den Gesprächen der beiden Parteien nach außen. Ende Juni war es dann soweit: Nach der Einigung auf einen Koalitionsvertrag stellte sich Hendrik Wüst im Landtag erneut zur Wahl als Ministerpräsident. In geheimer Wahl stimmten 106 von 181 Abgeordneten für den 46-jährigen Juristen aus dem Münsterland, der im Anschluss vom Präsidenten des Landtags, André Kuper, vereidigt wurde.

In einer kurzen Ansprache dankte Wüst für das ihm entgegengebrachte Vertrauen. Diesem gerecht zu werden, sei für ihn Pflicht und Verantwortung zugleich. Wüst betonte: „Der Schutz unseres Klimas, die Bewahrung der Schöpfung sind die größten Aufgaben unserer Zeit.“ Gleichzeitig müssten Wohlstand, soziale Sicherheit und Gerechtigkeit garantiert werden. Wüst: „Wir müssen den Menschen Sicherheit geben, damit die Transformation zur klimaneutralen Gesellschaft gelingt.“ Die Landesregierung werde „bei allen notwendigen Anstrengungen immer auch das Soziale mitdenken“. Man werde „den Schutz des Klimas mit Industrie, ihren guten Arbeitsplätzen und sozialer Sicherheit versöhnen“.

Einen Tag später stellte der Ministerpräsident dann die Mitglieder seiner Landesregierung vor – zwölf Ministerinnen und Minister von CDU und Grünen. Stellvertretende Ministerpräsidentin wurde die Grünen-Politikerin Mona Neubaur, zugleich Ministerin für Wirtschaft, Industrie, Klimaschutz und Energie des Landes. Landtagspräsident André Kuper vereidigte das Kabinett im Landtag.



Ministerpräsident Hendrik Wüst (links) stellte am 29. Juni 2022 das neue Kabinett vor.



Der Präsident des Landtags, André Kuper (r.), nahm Ministerpräsident Hendrik Wüst den Amtseid ab.



Teil C: Anhänge





I. Das Präsidium des 18. Landtags Nordrhein-Westfalen



Der Präsident des
Landtags
André Kuper



1. Vizepräsident
Rainer Schmeltzer



2. Vizepräsidentin
Berivan Aymaz



3. Vizepräsident
Christof Rasche

Stand: März 2023



II. Die Fraktionen

Fraktion der CDU



Fraktionsvorsitzender:
Thorsten Schick



Parlamentarischer
Geschäftsführer:
Matthias Kerkhoff

Stand: März 2023

Name	Name
Berger, Christian	Frieling, Heinrich
Dr. Bergmann, Günther J.	Fuchs-Dreisbach, Anke
Blöming, Jörg	Gebauer, Katharina
Blondin, Marc	Dr. Geerlings, Jörg
Blumenrath, Peter	Goeken, Matthias
Braun, Florian	Golland, Gregor
Brüntrup, Tom	Görtz, Guido
Déus, Guido	Grunwald, Jonathan
Eggers, Matthias	Hagemeier, Daniel
Erwin, Angela	Hansen, Klaus
Fohn, Annika	Haug, Sebastian
Franken, Björn	Dr. Heinisch, Jan



Name	Name
Höner, Markus	Plonsker, Romina
Hoppe-Biermeyer, Bernhard	Quik, Charlotte
Hovenjürgen, Josef	Reul, Herbert
Kaiser, Klaus	Ritter, Jochen
Kamieth, Jens	Scharrenbach, Ina (nachgerückt)
Dr. Katzidis, Christos	Scheen-Pauls, Daniel
Kerkhoff, Matthias	Schick, Thorsten
Klenner, Jochen	Schlottmann, Claudia
Korth, Wilhelm	Schmitz, Marco
Krauß, Oliver	Schmitz, Hendrik
Krückel, Bernd	Schnelle, Thomas
Kuper, André	Scholz, Rüdiger
Laumann, Karl-Josef	Schrumpf, Fabian
Lehne, Olaf	Schulze Föcking, Christina
Lienenkämper, Lutz	Schwarzkopf, Ralf
Lienesch, Sascha	Sträßer, Martin
Löttgen, Bodo	Stullich, Andrea
Lucke, Martin	Tigges, Raphael
Nettekoven, Jens-Peter	Troles, Heike
Dr. Nolten, Ralf	Dr. Untrieser, Christian
Odermatt, Vanessa	Voussem, Klaus
Oellers, Britta	Wendland, Simone
Okos, Thomas	Wermer, Heike
Dr. Optendrenk, Marcus	Winkelmann, Bianca
Panske, Dietmar	Wolters, Stephan
Dr. Peill, Patricia	Wüst, Hendrik



Fraktion der SPD



Fraktionsvorsitzender:
Jochen Ott



Parlamentarische
Geschäftsführerin:
Sarah Philipp

Stand: Juni 2023

Name	Name
Andrieshen, Nina	Dudas, Gordan
Baer, Alexander	Durdu, Tülay
Bakum, Rodion	Engin, Dilek
Baran, Volkan	Falszewski, Benedikt
Bialas, Andreas	Ganzke, Hartmut
Blask, Inge	Göddertz, Thomas
Blumenthal, Ina	Gosewinkel, Silvia
Bongers, Sonja	Dr. Hartmann, Bastian
Börner, Frank	Jörg, Wolfgang
Busche, Andrea	Kahle-Hausmann, Julia
Dr. Büteführ, Nadja	Kämmerling, Stefan (nachgerückt)
Butschkau, Anja	Kampmann, Christina
Cordes, Frederick	Kapteinat, Lisa-Kristin
Dahm, Christian	Kavena, Anna Teresa



Name	Name
Kirsch, Carolin	Schneider, René
Klute, Thorsten	Siebel, Christin
Kutschaty, Thomas	Stamm, Christin-Marie
Löcker, Carsten	Stich, Kirsten
Lüders, Nadja	Stinka, André
Dr. Maelzer, Dennis	Stock, Ellen
Moor, Justus	Stoltze, Ralf
Müller, Frank	Teschlade, Lena
Müller-Witt, Elisabeth	Vogt, Alexander
Neumann, Josef	Watermeier, Sebastian
Obrok, Christian	Weng, Christina
Ott, Jochen	Wolf, Sven
Philipp, Sarah	Yüksel, Serdar
Schmeltzer, Rainer	Zimkeit, Stefan



Fraktion der Grünen



Fraktionsvorsitzende:
Verena Schäffer



Fraktionsvorsitzende:
Wibke Brems



Parlamentarischer
Geschäftsführer:
Mehrdad Mostofizadeh

Stand: März 2023

Name	Name
Achtermeyer, Tim	Deppermann, Dorothea
Aymaz, Berivan	Eğlence, Gönül
Besche-Krastl, Ina	Eisentraut, Julia
Bostancıer, İlayda	Engstfeld, Stefan
Brems, Wibke	Grothus, Antje
Creuzmann, Norika	Hanses, Dagmar



Name	Name
Dr. Höller, Julia	Rock, Simon
Jablonski, Frank	Röls, Michael
Dr. Kaiser, Gregor	Rüße, Norwich
Klocke, Arndt	Schäffer, Verena
Dr. Korte, Robin	Sonne, Dennis
von Marenholtz, Anja	Tarner, Hedwig
Matzoll, Jan	Thoms, Meral
Metz, Martin	Vogelheim, Astrid
Mostofizadeh, Mehrdad	Wenzel, Jule
Neubaur, Mona	Dr. Wille, Volkhard
Osei, Christina	Woestmann, Eileen
Paul, Josefine	Zimmermann, Marc
Postma, Laura	Zingsheim-Zobel, Lena
Rauer, Benjamin	



Fraktion der FDP



Fraktionsvorsitzender:
Henning Höne



Parlamentarischer
Geschäftsführer:
Marcel Hafke

Stand: März 2023

Name	Name
Brockes, Dietmar	Müller-Rech, Franziska (nachgerückt)
Freimuth, Angela	Dr. Pfeil, Werner
Gebauer, Yvonne	Rasche, Christof
Hafke, Marcel	Schneider, Susanne (nachgerückt)
Höne, Henning	Wedel, Dirk
Lürbke, Marc	Witzel, Ralf



Fraktion der AfD



Fraktionsvorsitzender:
Dr. Martin Vincenz



Parlamentarischer
Geschäftsführer:
Andreas Keith

Stand: März 2023

Name	Name
Dr. Beucker, Hartmut	Seli-Zacharias, Enxhi
Clemens, Carlo	Tritschler, Sven W.
Esser, Klaus	Dr. Vincenz, Martin
Keith, Andreas	Wagner, Markus
Loose, Christian	Prof. Dr. Zerbin, Daniel
Schalley, Zacharias	



Fraktionslos

Dr. Blex, Christian (zuvor AfD)

Stand: Februar 2023





Landtag Nordrhein-Westfalen